

Leipzig. Die Zeitung  
erscheint täglich Abends.  
Zu beziehen durch alle  
Postämter des In- und  
Auslandes.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Viertel-  
jahr 2 Thlr. —  
Insertionsgebühr für  
den Raum einer Zeile  
2 Ngr.

## Uebersicht.

**Deutschland.** D Leipzig. Die Zerstörung der Fabriken. Dresden. Die evangelischen Angelegenheiten. Die Schule. Glauchau. Die Vorgänge. München. Schleswig-Holstein. Die Reichsräthe. Die Buchdrucker. — Die Abgeordnetenversammlung. Verein für vaterländische Interessen. Nürnberg. Dr. Eisenmann. — Die Uniformen in Baiern. Stuttgart. Die Bundesfestung Ulm. Karlsruhe. Die Kammer. — Excesse in Sulzfeld. Freiburg. Die Militärexcesse. Kassel. Landtag. Mainz. Die Excesse. Rendsburg. Die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund. — Die Sachen in Schleswig-Holstein. s Altenburg. Bekanntmachung. † Bernburg. Die Bürgerwehr. Die Wahlen der Volksvertreter. \* Bückeburg. Zugeständnisse. s Köthen. Dr. Habicht. Dr. Köppe. \* Delmold. Preßgesetz. Die Bürgerwehr. Frankfurt a. M. Das demokratische Centralcomité. Bairische Truppen. Die Laanus-Eisenbahn. Zahlungseinstellung. \*\* Frankfurt a. M. Der permanente Ausschuss. — Regierungsrath Luther. Hamburg. Der dänische Gesandte.

**Preußen.** Berlin. Das Wahlgesetz. Bekanntmachung. — Berichtigung. \*\* Berlin. Dr. v. Meding. † Berlin. Die schleswig-holsteinische Frage. Die Grundeigentümer. Beamte. Dr. Duncker. Posen. Bekanntmachung.

**Oesterreich.** \* Wien. Graf Bichy. Der päpstliche Gesandte. der Kaiser. Die militärische Stellung in Italien. Lemberger Deputation. Der Erzbischof. Die Liguorianer. — Die Vorfälle in Rom. Die Stände des Erzherzogthums ob der Enns. — Die Deputation der Kroaten. — Presburg. Baron Wesselenyi. Die Civilliste. Die Minister. Kossuth

**Handel und Industrie.**  
**Ankündigungen.**

## Deutschland.

**D Leipzig, 9. April.** Mit blutendem Herzen muß jeder Sachse vernommen haben, daß in seinem Vaterlande noch Theile der Bevölkerung roh genug sind, sich solcher Zerstörungen schuldig zu machen, wie sie in den letzten Tagen vom sächsischen Obergebirge berichtet werden. Diese sinnlosen Verwüstungen von Fabriken deuten auf eine Wildheit hin, welche man im sächsischen Volke bisher nicht suchte, sie lassen aber auch auf einen Zustand von Unwissenheit schließen, welche bei der Erziehung, die in Sachsen auch dem Aermsten zu Gebote steht, der Befürchtung Raum gibt, daß die Wohlthat des Volksunterrichts in manchen Gegenden nicht ausreichend erkannt und benutzt wird; denn welcher Mensch, der irgend eine Schulbildung genossen hat, kann heutzutage noch glauben, daß irgend ein Vortheil für die Arbeiter durch Zerstörung von Fabriken oder Maschinen entstehen werde? Ein Jeder, der lesen kann, muß ja wissen, daß es außer Sachsen für dieselben Gegenstände, welche bei uns angefertigt werden, an hundert andern Orten Fabriken gibt, daß die einzige Folge solcher trostlosen Gewaltthaten, wie sie jetzt leider vorgekommen sind, lediglich sein kann, die Industrie von Sachsen in andere Theile Deutschlands oder in das Ausland zu verpflanzen, folglich den Theil der Bevölkerung, der bei den Fabriken Beschäftigung findet, ganz brotlos zu machen und durch vermehrte Anzahl der Arbeitssuchenden Denjenigen, welche die Excesse verübten, noch mehr Nahrungs-sorgen zu bereiten als zuvor.

Diese traurigen Ereignisse mahnen an eine große Lücke in unserer Gesetzgebung, durch deren Ausfüllung unser alles Zeitgemäße fördernde Ministerium sich ein großes Verdienst um die vaterländische Industrie erwerben könnte. Die große Ausdehnung des Fabrikwesens in England hat schon längst eine gesetzliche Verfügung ins Leben gerufen, durch welche angeordnet ist, daß jeder durch Tumult oder Aufruhr an Privateigenthum verursachte Schaden durch die Grafschaft, in welcher der Excess verübt worden, dem Beschädigten zu ersetzen ist. Gleiche Gesetze sind neuerdings in Baden und Hannover beschlossen worden. Hieraus erwächst doppelter Vortheil: 1) ist jeder Einzelne gesichert, nicht durch ein derartiges Unglück ruiniert zu werden; 2) gebietet das eigene Interesse den Bewohnern desselben Ortes wie aller benachbarten dem Uebel, das ihnen zum Theil persönlich zur Last fällt, kräftig entgegenzutreten.

In Sachsen könnte man das Amt oder den Kreis verantwortlich machen. Die Verantwortlichkeit auf den ganzen Staat für solche Unglücke auszudehnen dürfte darum nicht praktisch erscheinen, weil dann wieder die Gleichgültigkeit der Nachbarn aufstauen könnte, welche sich

mit dem beliebten Spruche trösten würden: der Staat hat einen großen Beutel — leider soll man aber bei den Ereignissen, die uns eben beschäftigen, die Gleichgültigkeit mancher Bewohner zu beklagen haben, und Mancher hätte sich vielleicht mehr gerührt, wenn er gewußt hätte, daß auch ihn ein Theil des Schadens treffen werde.

Ein solches das Eigenthum der Fabrikhaber sicherndes Gesetz wird zur Entwicklung der Industrie wesentlich beitragen. Jetzt kann ein Fabrikant ohne sein Verschulden durch eine Schar in ihrer Unwissenheit verblendeter Arbeiter die Frucht jahrelanger erfolgreicher Bestrebungen in wenigen Stunden verlieren. Ein solcher Zustand aber kann nicht fortbestehen, ohne dem Unternehmungsgeist verderbliche Fesseln anzulegen.

**Dresden, 7. April.** Der König hat zur Herstellung der in §. 41 und 57 der Verfassungsurkunde bezeichneten Ministerialbehörde bestimmt, daß der Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten, neben dem Minister des Cultus, den Staatsministern Dr. Braun und Oberländer, unter Ertheilung des Vorsizes an den Staatsminister Dr. Braun, übertragen werde. — Den meisten Schülern, welche wegen verbotener Verbindung bestraft worden sind, ist bereits die Strafe erlassen worden, und es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Gleiches bei den übrigen, die darum ansuchen, geschehen werde, insoweit nicht andere Vergehungen zur Verhängung der Strafe mitgewirkt haben. (D. 3.)

**Glauchau, 7. April.** Der gestrige Tag und die verwichene Nacht waren angstvolle Zeitabschnitte, doch liefen solche ruhiger ab, als man dachte. Es sah schlimm, ja sehr schlimm aus. Ein Bataillon Schützen war in dem Schloßhofs mit scharfer Ladung aufgestellt. Außerhalb desselben stand die Communalgarde mit würdiger Haltung, dann Baumeister Ilgen mit 200 Mann seiner Arbeiter, Fabrikbesitzer Hedrich mit 100 Mann seiner Arbeiter unter Vortritt des Hrn. Hedrich, welche Mannschaften mit Hacken und Spießen versehen waren. So bedeutend das Streben nach Erhaltung der Ordnung durch diese Mannschaften hervortrat, so war doch eine so bedeutende Masse vor dem Schlosse, daß alle Vorkehrungen nichts halfen, und die Masse ins Schloß drang und das Militair hinaustrieb. Schon begann im Schlosse Vernichtung, Defen wurden zertrümmert, ein Bett heruntergeworfen, da drang der Bürgermeister durch die Massen, laut rufend, sich um ihn versammeln zu wollen, und so wälzte sich eine Masse den Bürgermeister in der Mitte auf den Marktplatz. Hier trat der Bürgermeister auf einen Stuhl und sprach mit außerordentlicher Kraft und Energie ohngefähr Folgendes: „Bürger Glauchaus! Ihr kennt euren Bürgermeister, ihr wisset, daß ich für euch lebe, für euch sterbe, vertraut mir, ich komme soeben vom Schlosse und habe sehen müssen, wie schon die Zerstörung beginnt! Bürger Glauchaus, wehrt euch, duldet nicht, daß eine Räuberbande solche Verheerungen ausführe wie in der Schwesterstadt Waldenburg; ich stelle mich an eure Spitze, mein Leben ist mir nicht so theuer wie eure Liebe, euer Vertrauen; die Schmach, in der Stadt die Brand- und Mordfackeln aufzuleben zu sehen, kann ich nicht überleben etc. Hierauf wurde die Versammlung so ergriffen, daß Alles nach dem Schlosse zur Abwehr sich wälzte, und es gelang auch, die wilde Masse abzuhalten, sodas der Abend und die Nacht ganz ruhig verliefen. (E. 3.)

**München, 5. April.** Ich bin in den Stand gesetzt, Ihnen die Nachricht zu geben, daß unser König im Begriffe steht, den Schleswig-Holsteinern in ihrem Kampfe gegen Dänemark thätige Hülfe zu leisten, indem sechs der vorzüglichsten bairischen Offiziere schleunigst an den Kriegsschauplatz abgeschickt werden. Es sind ferner aus der Privatklasse des Königs nicht unbedeutende Unterstützungen an einige hier befindliche Schleswiger zur Heimreise in ihr Vaterland ausbezahlt worden. Auch kann ich aus sicherer Quelle mittheilen, daß die echt deutschen Schritte der preussischen Regierung am Bundestage bezüglich auf die Vorgänge in Schleswig von Seite unserer Regierung die lebhafteste Unterstützung finden. (Die vom Könige delegirten Offiziere sind am 7. April bereits auf der Reise dorthin in Nürnberg eingetroffen. Es sind die Herren: Major v. d. Lann, Flügeladjutant des Königs; Oberlieutenant Graf Bothmer; Lieutenant Alboffer, Corneli und v. Gumpenberg und ein vierter Lieutenant, dessen Name nicht zu erfahren war.)

Die Kammer der Reichsräthe hielt heute Mittag eine kurze Sitzung, in welcher der Justizminister einen Gesetzentwurf über die Grundlagen der neuen Gesetzgebung einbrachte. Von Umbahnung wenigstens einer beschränkten Oeffentlichkeit für die Sitzungen dieser Kammer scheint noch nicht die Rede zu sein. — Unter den hiesigen Buchdruckern ist in ähnlicher Weise wie in andern Städten eine Vereinbarung dahin zu Stande gekommen, keinerlei Druckwerk ohne Befehung des Namens des Druckers erscheinen zu lassen. (N. Z.)

München, 3. April. Reichsrath Fürst v. Brede hat die Gerichtsbarkeit seines Herrschaftsgerichts Ellingen an den Staat abgetreten. (Würzb. Z.)

München, 6. April. Der Gesetzentwurf über Vervollständigung der Vertretung der Pfalz kommt bereits heute Abend im Ausschusse der Kammer der Abgeordneten zur Beschlussfassung; Abg. Frhr. v. Lindenfels ist Referent. — Das politische Bewußtsein gewinnt in München einen immer erfreulichern Aufschwung. Als Organ und Ausdruck dieses Bewußtseins hat sich allmählig ein Verein für vaterländische Interessen gebildet. (N. C.)

Nürnberg, 6. April. Der Magistrat und das Collegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt haben in ihren gestern und heute gehaltenen Sitzungen dem hier wohnenden Dr. Eisenmann, in dankbarer Anerkennung der bei der großen Versammlung von Abgeordneten aus allen deutschen Ländern zu Frankfurt, wozu derselbe von einer Bürgerversammlung unserer Stadt deputirt war, von ihm für die Erhaltung der constitutionell-monarchischen Verfassungen Deutschlands mit echtem Freimuth, inniger Ueberzeugung und lohnendem Erfolge ausgesprochenen trefflichen Gesinnungen das Ehrenbürgerrecht der Stadt ertheilt. (N. C.)

— Laut Kriegsministerialrescript tragen fortan in Baiern die Generale sämmtlicher Waffengattungen gleiche Uniform (hellblau). Die Pioniere, Pontoniere und verwandten Truppengattungen formiren zusammen ein Regiment. Die Hautboisten bekommen Helme, Waffenröcke mit Epaulettes und das Fäshinmesser.

Stuttgart, 3. April. Sicherem Vernehmen nach ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse durch Beschluß des Bundestags die Befehung der Bundesfestung Ulm verfügt worden. Gemäß dem bestehenden Reglement für diese Bundesfestung wird die Befehung derselben zum Theil von der österreichischen Regierung gegeben, und werden daher in kurzer Zeit eine Artillerieabtheilung von 300 M. und ungefähr 3300 M. Infanterie in die Bundesfestung einrücken. Auch kann der Fall eintreten, daß ein Durchmarsch von österreichischen Truppen zu Befehung der Bundesfestung Kastatt durch einzelne Theile des Landes in der nächsten Zeit erfolgen wird. (S. M.)

Karlsruhe, 5. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer regte Abg. Zittel die Frage an, ob nicht bei den Wahlen zur constituirenden Versammlung nach dem Beschlusse des frankfurter Congresses das Wahlrecht mit dem 21. Jahre beginnen solle, obgleich die Wahlordnung das 25. Jahr festsetzt. Die Ansichten vereinigten sich dahin, daß der Beschluß der frankfurter Versammlung hinsichtlich des 21. Jahres, welches in Baden das Alter der Volljährigkeit ist, bindend sein müsse. Abg. Weller hielt für angemessen, daß die Eintheilung der Wahlbezirke zu je 50,000 Seelen vor der Wahlmännerwahl verkündet werde, weil in dieser Zeit des Mistkauens die Regierung der Vorwurf treffen würde, sie habe nach den Wahlen die Bezirkseinteilung in ihrem Interesse vorgenommen. Auf der Tagesordnung stand die Discussion über Mittermaier's Bericht für Einführung der Schwurgerichte. Regierungskommissar Junghanns äußerte, daß ein Gesetzentwurf über das Schwurgericht gegenwärtig von dem Justizministerium berathen werde. Präf. Mittermaier erklärte sich für die englisch-amerikanische Einrichtung und hob in seiner Schlussrede besonders hervor, daß kein Land so würdig und fähig des Schwurgerichts sei wie Deutschland. Das Schwurgericht habe, wie die Rheinlande zeigen, eine starke moralisirende Kraft, und dieser bedürfen wir. Abg. Zentner bemerkte unter Anderm, das Schwurgericht sei eine nothwendige Ergänzung der constitutionellen Verfassung; wie diese dem Volke Antheil an der Gesetzgebung gibt, so das Schwurgericht an der Ausübung der Rechtspflege. Abg. Stöfer verlangte, daß die activen Staatsdiener, Offiziere, Soldaten und Geistliche, von den Urwahlen zu den Geschworenen ausgeschlossen werden. Abg. Brentano u. A. foderten unbedingte Oeffentlichkeit, namentlich Aufhebung der Paragraphen der Strafproceßordnung, welche die Frauen ausschließen und andere Beschränkungen der Oeffentlichkeit festsetzen. Der Redner erinnerte, daß die II. Kammer auf den Antrag des Abg. Mathy die Zulassung der Frauen zu den Verhandlungen der Schwurgerichte beschlossen hatte, die I. Kammer aber den Beschluß wieder umstieß. Der Antrag der Commission, auf baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs über Einführung der Geschworenengerichte in Strafsachen, mit Berücksichtigung der im Commissionsbericht und in den Berathungen der Kammer gemachten Vorschläge, wurde einstimmig angenommen. (D. Z.)

Karlsruhe, 5. April. Heute Nachmittag ist eine Schwadron Reiterei und eine Compagnie Fußvolk nach Sulzfeld (bei Eppingen) abgegangen, wo gestern die größten Excesse stattgefunden haben. Das grundherrlich v. Göler'sche Gebäude soll von einer bewaffneten Horde gänzlich demolirt worden sein. Auch die wohlhabenden Bauern der Umgegend sind bedroht, indem die Tumultuanten sowol Lebensmittel als Geldunterstützung verlangen. (Karlsru. Z.)

Freiburg, 5. April. Gestern hat die Untersuchung wegen der im Schaich'schen Bierhause verübten Militärexcesse (Nr. 100) begonnen. Morgen verläßt das hier stationirte Regiment die Stadt, sein Bestimmungsort ist bis jetzt nicht bekannt. (Oberh. Z.)

Mainz, 5. April. Gestern hatten wir einen wiederholten Krawall, verursacht durch unsere Boranzieher, die ihren Zweck so weit erreichten, daß kein Schlepsschiff mehr Fahrzeuge hier vorbeischieben darf. Ermuthigt durch diesen ersten Erfolg, ist nun auch ein Theil der Taunusbahn zerstört worden. (D. P. A. Z.) Hierüber schreibt die Mainzer Zeitung unterm 6. April: Ein Duzend Leute kamen auf den Einfall, die Schienen der Taunusbahn aufzureißen, und da sie ungehindert die Sache ins Werk setzten, so fanden sie bald Gesellschaft und wuchsen zu mehr als hundert an. Die Schienen wurden aufgerissen, die steinernen Unterlagen aus der Erde gehoben, die Häuschen der Bahnwärter zertrümmert. Dies Alles geschah, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen. Wir sahen Leute große Balken, eiserne Scheiben und andere Geräthschaften, welche sie von der Bahn weggenommen hatten, im Triumph über die Brücke nach Mainz tragen, nicht etwa truppweise, sondern gänzlich vereinzelt und ungenirt. Knaben trugen die Pfähle des elektro-magnetischen Telegraphen zu Duzenden in die Stadt herüber. Gegen Abend begab sich ein Haufe vor das Haus des Baumeisters Kothary, dem Gott weiß welche Schuld vorgeworfen wurde, und setzte dort sein Zerstörungswerk fort. Mit den ausgerissenen Schienen wurden die Läden eingeschlagen und alle Fenster wurden eingeworfen. Auch hier ist kein Versuch gemacht worden, dieses wahnsinnige Treiben zu verhindern. Endlich, als auch das Haus des Meublesfabrikanten Bombe angegriffen werden sollte, stießen die Zerstörer auf den Widerstand von Turnern, Soldaten und Bürgergarden, denen es gelang, sie zurückzuhalten.

Kassel, 7. April. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung sprach der Präsident den Wunsch aus, daß die Regierung in Beziehung auf das Wildschadengesetz und Ablösung der Jagdrechte eine beruhigende Bekanntmachung erlassen möchte. Abg. Knobel wünschte eine Erklärung, daß das Jagdrecht selbst beseitigt werden solle; nur durch Vertilgung des Wildes könnten die ländlichen Grundbesitzer beruhigt werden; Abg. Pfeiffer wünschte eine Zusicherung ermäßigter Holzpreise; auch Abg. Thon äußerte sich über die Nothwendigkeit einer Erleichterung der ärmern Klasse in Beziehung auf den Holzbedarf; Dem schloß sich auch Abg. Reischauer an. Abg. Gundlach sprach sich überhaupt gegen den Handel mit dem Holze aus. Abg. Knobel beruhigte sich bei der Erklärung des Präsidenten, daß der Antrag seinen Wunsch mit einschließe. Abg. v. Münchhausen theilte diese Wünsche, setzte aber die Schwierigkeiten allseitiger Genügeleistung derselben auseinander, da nicht alle Waldungen dem Staate zustehen. Der Antrag des Präsidenten wurde angenommen; der Landtagscommissar wünschte die baldige Ausfertigung dieses Beschlusses. Die Abgg. Thon und Reischauer berichteten über mehre Eingaben. Darauf erfolgte die Revision des Amnestiegesetzes, welches durch Stimmzettel angenommen und hierauf die Veränderungen der Geschäftsordnung genehmigt wurden. Der Präsident ersuchte die Mitglieder, einer vom Landtagscommissar beantragten Conferenz mit dem betreffenden Ausschusse über die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands am Nachmittage beizuwohnen. (N. A. Z.)

Rendsburg, 5. April. Wegen Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund ist von der provisorischen Regierung an die Ständeversammlung folgende Eröffnung ergangen:

Die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein hat die Ehre gehabt, den hohen Deutschen Bund durch ihr Schreiben vom 26. März und durch dessen Ueberbringer, den Justizrath Schleiden, von der Lage der Verhältnisse in Schleswig-Holstein in Kenntniß zu setzen. Mit Bezugnahme hierauf erlaubt sich die provisorische Regierung, an die hohe Bundesversammlung einen weitem Antrag zu stellen, der in gleichem Maße durch die Natur der Sache und durch die dringlichen Verhältnisse des Augenblicks geboten zu sein scheint. Bisher ist das Herzogthum Schleswig noch nicht zum Deutschen Bunde gehörig gewesen. Aber schon die schleswigsche Ständeversammlung des Jahres 1846 beschloß in Veranlassung eines offenen Briefs Sr. Maj. des Königs von Dänemark d. d. 8. Jul. 1846 fast einstimmig einen Antrag an den König, die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund bewirken zu wollen. Die immer weiter greifende Gefährdung der Selbständigkeit Schleswigs und seiner innigen Verbindung mit Holstein mußte das Verlangen nach einer Sicherung, die allein für die Dauer alle Besorgnisse zu entfernen vermag, nur noch steigern. In einer Versammlung ständischer Abgeordneten, welche am 17. v. M. in Rendsburg gehalten wurde, ward namentlich auch der Eintritt Schleswigs

in den De-  
bigung der  
sendeten D-  
ten. Die A-  
bewegungen  
bekannt ist,  
schen Bund  
Willen hab  
nemark dur-

Die h-  
Herzogthüm  
vollkommen  
geföhle der  
zu Deutschl  
wegen zu n  
deutschen B  
demselben  
Bund in de  
visitorische  
Seiten Sr.  
ration Schl  
den, und di  
sein, dessen  
zogthümer  
Deutschen  
tus quo sei  
des besten  
ren, durch  
gen Herzog  
völkerung  
zwischen Für  
mütungen  
provisorische  
unserer Mitt  
Bund die A-  
gefäumt bes  
fer Aufnahm

Rend-  
gens von ei  
indef auch  
fragen dur  
der-an der  
Gesinnung  
Verzeichniß  
von seinem  
während be  
In der Nac  
rier durch  
Ministerium  
der Herzog  
offenen Frie  
betreffend  
17. Bataill  
mandirende  
dürfte der  
pacski, Fee  
hier eingetr  
dingungen  
werden wür  
Einrichtung  
werden, ein

Schles-  
lauenburgis  
mann, ha  
Dänemark  
Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

Die La-  
dem 5. Apr  
landschaftl  
zur Disposi  
In An  
den Unabhä  
den, wie fr  
Apentade, n  
geln aus se  
(Ausgang d  
dern aufzun  
den Augenb  
Von d  
ger auf dem  
mit Beziehu  
3 Alten  
cesse stattg  
Bekannt

in den Deutschen Bund als eins der wesentlichen Erfordernisse zur Verwirklichung der Herzogthümer ausgesprochen, und der nach Kopenhagen gesendeten Deputation aufgegeben, um denselben auf das dringendste zu bitten. Die Antwort des Königs, unter dem Einflusse sehr bedrohlicher Volksbewegungen gegeben, lautete, wie dem hohen Deutschen Bunde bereits bekannt ist, dahin, daß Sr. Maj. das Herzogthum Schleswig dem Deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame Verfassung kräftigen wolle.

Die hohe und energische Bewegung, die in diesem Augenblicke die Herzogthümer erfüllt, würde allein schon hinreichender Beweis sein, wie vollkommen im Widerspruche mit den Wünschen, dem Interesse, dem Rechtsgefühle der Bevölkerung diese Entscheidung ist. Mehr als je fühlt sie sich zu Deutschland gehörig; sie erhebt sich mit freudigem Muth, Alles deren wegen zu wagen, um für immer ihre Schicksale an die des gesammten deutschen Vaterlandes zu knüpfen. Und das Herzogthum Schleswig wird demselben fernerhin nicht fehlen dürfen. Die Aufnahme Schleswigs in den Bund in dem jetzigen Augenblicke in Anregung zu bringen sieht sich die provisorische Regierung durch folgende Betrachtung veranlaßt: Durch die von Seiten Sr. Maj. des Königs von Dänemark jetzt ausgesprochene Incorporation Schleswigs ist die Frage auf unheimliche Weise einseitig entschieden, und die unvermeidliche Folge dieser Entscheidung würde ein Kampf sein, dessen unzweifelhaft große Verwüstungen sich zunächst auf die Herzogthümer ergießen würden. Die sofortige Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund würde zunächst nichts Anderes als die Sicherung des Status quo sein, und namentlich, indem die Streitmacht des Deutschen Bundes dessen einstweilige Aufrechterhaltung garantierte, die Möglichkeit gewährleisten, durch Verhandlungen diejenige fernerweitige Stellung des selbständigen Herzogthums Schleswig, welche den Wünschen und Interessen der Bevölkerung entsprechend ist und sich als eine zeitgemäße Weiterführung alter, zwischen Fürst und Ständen vereinbarter Rechte darstellt, gegen die Anmaßungen und Uebergreife Dänemarks zu sichern. Somit beantragt die provisorische Regierung, überzeugt, daß der Landesherr, wenn er sich in unserer Mitte befände, nicht anders thun würde: es wolle der hohe Deutsche Bund die Aufnahme Schleswigs in die Reihe deutscher Bundesstaaten ungesäumt beschließen und die angemessenen völkerrechtlichen Feststellungen dieser Aufnahme veranlassen.

**Rendsburg, 6. April.** Die Stadt Tondern wurde gestern Morgens von einem dänischen Truppcorps von 200 M., meist Infanterie, indeß auch einiger Cavalerie, besetzt, nachdem die Einwohner auf Befragen durch den benachbarten dänischen Beamten, Justizrath Brarson, der an der Spitze bewaffneter Bauern steht, ihre schleswig-holsteinische Gesinnung der angedrohten Occupation gegenüber declarirt hatten. Ein Verzeichniß der zu verhaftenden Einwohner ist dem Anführer des Corps von seinem Obern übergeben. Von allen Landdistricten werden fortwährend bedeutende Opfer für den Dienst des Vaterlandes gebracht. — In der Nacht vom 4. auf den 5. April ist hier ein preussischer Kurier durchgegangen, wie man vernimmt, um bei dem kopenhagener Ministerium nochmalige Schritte zur Anerkennung der Selbständigkeit der Herzogthümer zu thun, damit Preußen nicht gezwungen werde, zum offenen Friedensbrüche zu schreiten. — Die Stellung unserer Truppen betreffend, so liegt das Gros der Armee in Flensburg, das 15. und 17. Bataillon eine Meile nördlich in der Gegend von Bau. Der commandirende General hat in diesen Tagen die Stellungen inspiciert und dürfte der erste Angriff bald zu erwarten sein. — Die H. v. Szegepacski, Feodor Feenberg und Leopold Arends aus Berlin sind heute hier eingetroffen, um Nachrichten einzuziehen, ob und unter welchen Bedingungen ein von Berlin zu entsendendes Freicorps aufgenommen werden würde. — Die Flensburger haben vor ihrem Hafen eine Einrichtung getroffen, durch welche die dänischen Kriegsschiffe verhindert werden, einzulaufen. (W. v. H.)

**Schleswig, 7. April.** Der Legationssecretair bei der holstein-lauenburgischen Gesandtschaft am Bundestage, Kammerjunker v. Steemann, hat auf die erste Kunde der Vereinigung Schleswigs mit Dänemark augenblicklich sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Die Landschaft Süderdithmarschen hat in Folge eines unter dem 5. April von der schleswig-holsteinischen Regierung genehmigten landschaftlichen Beschlusses der provisorischen Regierung 200 Pferde zur Disposition gestellt.

In Angeln soll es mit der Volksbewaffnung und dem Eifer, den Unabhängigkeitskrieg nur mit dem Siege oder dem Tode zu beenden, wie früher, gut stehen. Ebenso westlich und südwestlich von Apentade, wo die ganze Bauernschaft unter der Pike steht. Von Angeln aus soll man gestern einen Versuch gemacht haben, bei Hollnis (Ausgang des Flensburger Hafens) eine kleine Batterie von Dreipfündern aufzuwerfen. Das Erscheinen einer dänischen Kriegsbrigg hat für den Augenblick den Versuch unterbrochen.

Von der Armee sind heute ungefähr 70 lauenburgische Jäger auf dem Rückwege nach Rendsburg hier durchgereist, man meint, mit Beziehung auf die Neutralitätsklärung Lauenburgs. (A. M.)

**Altenburg, 8. April.** Im westlichen Landestheile haben Excursionen stattgefunden. In Folge dessen hat das Ministerium folgende Bekanntmachung erlassen:

Das unterzeichnete Ministerium ist in die Nothwendigkeit versetzt, bekannt zu machen, daß der gute Geist und feste Sinn für Aufrechterhaltung der Sicherheit von Personen und Eigenthum, durch welchen die Bewohner des Herzogthums in den jüngsten Wochen unter den stürmischen Bewegungen in unserm geliebten deutschen Vaterlande sich rühmlich ausgezeichnet haben, in dem entfernten Theile des Landes an der Saale dem Einflusse leidenschaftlicher Reizung zu Selbsthülfe und Gewaltthätigkeit zu weichen begonnen hat. Um diesem Einflusse sofort im Entstehen entgegenzutreten, das Ansehen der Localbehörden zu stärken und das schleunige Zusammentreten der ruhigen Gutgesinnten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Gesetzlichkeit kräftig zu fördern, haben des Herzogs Hoh. auf die in amtlichen Anzeigen hierher gelangte Kunde von schon zur Gewaltthat gegen eine Privatwohnung in einem Dorfe unterhalb Kahla und gegen das Gerichtlocal zu Uhlstädt, ingleichen gegen die Person des Gerichtsdieners übergebenen Ausbrüche der Roheit und Zerstörungssucht, sich zur Abordnung eines herzogl. Immediatcommissarius in die Saalgegend in der Person des herzogl. geh. Regierungsrathes Schuderoff bewegen gesehen. Derselbe hat nun zunächst mit den Localbehörden im obigen Sinne zusammenzuwirken und eine Einschärfung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zu veranstalten. Hierbei soll dessen Einwirkung und Anordnung ausschließlich auf Schutz und Schirm der Personen und des öffentlichen und Privateigenthums gerichtet bleiben, und dadurch in der Hauptsache dem besorglichen Eintritt eines völlig gesetz- und rechtlosen Zustandes vorgebeugt werden. Gleichzeitig mit dieser Maßregel ist von Sr. Hoh. eine angemessene Verstärkung der Besatzung auf der Leuchtenburg angeordnet worden, berichtigt übrigens, daß militairische Assistenzen lediglich in Ermangelung genügender Sicherheitscorps unter den Bewohnern jenes Landestheils und allein auf Requisition der Civilbehörden, nach dem pflichtmäßigen Ermessen des herzogl. Immediatcommissarius, dem auch die Art und Dauer der Verwendung des Militärs zu bestimmen obliegt, soll eintreten dürfen.

In der dritten Sitzung der Landschaft wurde über die Presse folgender Entwurf eines Gesetzes über Pressefreiheit und Aufhebung der Censur angenommen: §. 1. Die Presse ist frei und die Censur der im Herzogthum Sachsen-Altenburg oder außerhalb desselben erscheinenden Druckschriften aller Art, sowie aller Vervielfältigungen durch mechanische Mittel, wie namentlich durch Steindruck, Kupferstich, Holzschnitt etc., ist und bleibt aufgehoben. Von Concessionen und Cautionen wird für immer abgesehen. §. 2. Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse verübt werden, sind nach den bestehenden Landesgesetzen zu ahnden. (Dazu wurde noch der Vorschlag gemacht, daß bei künftiger voraussichtlicher Umgestaltung des Strafverfahrens in ein öffentliches und mündliches, verbunden mit Schwurgerichten, leztgedachte Schwurgerichte volle Anwendung bei Pressvergehen finden.) §. 3. Verantwortlich für den Inhalt von Druckschriften etc. und die Form der darin enthaltenen Mittheilungen ist zunächst der Verfasser, dann der Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter nach den allgemeinen Grundsätzen der Strafbarkeit.

Noch wurde festgesetzt, daß in dem Eingange des Gesetzentwurfs eingeschaltet werden solle: Mit Vorbehalt eines die Verhältnisse der censurfreien Presse vollständig regelnden allgemeinen deutschen Gesetzes.

**Bernburg, 5. April.** Auch hier ist von der Landesregierung die Errichtung von Bürgerwehren und Schutzwachen überall angeordnet worden. — Zu den Wahlen von Volksvertretern, um zunächst mit ihnen die versprochene neue Verfassung zu berathen, wird nun zufolge einer desfalls erlassenen Verordnung ungesäumt verschritten werden. Auf je 2000 Einwohner des Landes kommt ein Volksvertreter, es werden demnach im Ganzen 24 zu wählen sein, wovon auf die Residenzstadt Bernburg vier, auf Ballenstedt zwei, auf Roswig zwei kommen. Jeder volljährige, selbständige, verfügungsfähige Staatsbürger unbescholtener Rufes ist ohne Unterschied der Religion stimmbüchtig. Zur Wählbarkeit ist außerdem noch das 25jährige Alter erforderlich.

**Bückeburg, 5. April.** „Serenissimus Regens“ hat eine Entschliebung veröffentlichen lassen, durch welche die meisten von den geforderten Erleichterungen hinsichtlich der Verhältnisse der Gemeinden zu den Forsten gewährt oder doch zugesagt werden. Die gewünschte Abstellung der Hudebeschränkungen, die Verminderung der Zuschläge und öftere Durchholungen werden in modificirter Weise zugesagt, die Holzpreise werden herabgesetzt, die freie Benutzung des Laubes im freien Walde wird zwar nicht gestattet, aber erleichtert; die Entfernung, in welcher die Bäume im Forst von den angrenzenden bäuerlichen Grundstücken zu stehen haben, soll auf 12–16 Fuß festgesetzt werden; die unentgeltliche Benutzung der aus den Grenzgräben zwischen Forst- und Privatgrundstücken auszuwerfenden Erde, sowie die unentgeltliche Verabfolgung von Lehm aus den Flüssen auf forstliche Anweisung wird verwilligt.

**Köthen, 6. April.** Der gestrige Tag war ein Tag der Freude für die Stadt und das ganze Herzogthum Anhalt-Desau. Die Freiheit hat ihre volle Garantie gefunden in der Berufung eines ausgezeichneten, energischen und durch und durch freisinnigen Mannes, des Oberappellationsrathes Dr. Habicht von Zerbst zum geh. Rath und Minister, für den schon seit lange die Herzen aller Wohlbedenkenden und den Richtungen der Zeit huldigenden schlugen. Es ist der wahre Mann der Zeit, der Mann des Fortschritts und der Gerechtigkeit. Wir verweisen auf seine Schrift: „Rechtliche Erörterungen und Entscheidungen gemeinrechtlicher Controversen“ (Zerbst 1843) und insbesondere auf die

Worte der Widmung: 5. Mos. 1, 17: „Keine Person sollt ihr im Gericht ansehen, sondern sollt den Kleinen hören wie den Großen, und vor Niemandes Person Euch scheuen, denn das Gerichtsamt ist Gottes.“ Die Kritik hat dem Lande Glück gewünscht, das einen solchen Richter hat, wir müssen Anhalt-Deffau Glück wünschen, daß dessen Herzog einen solchen Mann an das Staatsruder gestellt. Heil, drei Mal Heil diesem edlen Fürsten für seine einsichtsvolle, und im Verständniß der Zeitverhältnisse getroffene Wahl, welche die Liebe und Treue aller freisinnigen Männer des Landes, welche ihm alle ergeben, noch mehr befestigt hat! Dem Geheimrath Dr. Habicht steht der Regierungsbadvocat Köppe als Ministerialrath zur Seite; mit Entschlossenheit und Muth errichtete er das Panier der Freiheit, um das sich das deffauer Volk scharte. Auch er ist dem Lande ein sicherer Bürge für das lebensvolle Aufblühen und für die Erhaltung der Freiheit.

Abends gegen 7 Uhr versammelten sich Tausende vor dem Hause, in welchem der Geheimrath Dr. Habicht vorläufig seinen Wohnsitz genommen, und sandeten eine Deputation an ihn, durch welche der Wunsch ausgedrückt wurde, daß das Volk von Deffau den neuen Minister des Landes sehen und begrüßen wolle. Er erschien hierauf Hand in Hand mit dem Ministerialrath Köppe auf dem Balcon des Hauses. Tausendstimmiges Hurrah empfing die neuen Minister. In der vortrefflichen Ansprache, die Hr. Habicht an das Volk hielt, hob er hervor, daß die Ehre, die ihm erwiesen, nicht ihm gelte, sondern dem Principe, das er vertrete: der Volksfreiheit. Er gelobte vor Gott, daß er stets auf der Bahn fortwandeln werde, die er betreten; zu dem Ziele, das man zu erreichen habe, führe nur ein gemeinsames vertrauensvolles Handeln zwischen Regierung und Volk. Er schloß: „Glauben Sie, daß ich Recht und Gerechtigkeit will? glauben Sie, daß ich wahre Volksfreiheit will; sind Sie überzeugt, daß jeder Blutstropfen in mir Ihrem Wohle gehört? (allgemeine Acclamation und Bejahung), nun! dann folgen Sie mir, mein Weg führt zur Ordnung, zur Sicherheit, zur allgemeinen Wohlfahrt und zur Freiheit.“

Abends gegen 10 Uhr brachte der Bürgergesangsverein dem Geheimrath Dr. Habicht vor dem Hotel ein Ständchen. Als das berühmte Lied „Haltet Wacht!“ gesungen war, trat derselbe auf den Balcon und sprach: „Haltet Wacht! daß es nicht Abend werde, und solltet ihr schlummern, so will ich wachen, daß die Nacht, die wir verschreckt haben, nicht wieder hereinbreche.“ Von dem Hause begaben sich die Mitglieder des Bürgergesangsvereins, in Begleitung einer großen Anzahl deffauer Bürger, vor die Wohnung des Ministerialraths Köppe und brachten demselben gleichfalls ein Ständchen; er dankte in vortrefflicher Rede, aus welcher wir nur hervorheben: „Als der Gedanke der Freiheit im Worte, in der Schrift, in der That verfolgt wurde, da flüchtete er sich in das Lied! Die Poesie und der Gesang wurden die Altäre, auf denen die ewige Lampe der Freiheit fortglühte, während rings umher Dunkel war. Die Gefühle und Gedanken der Freiheit, die man sich einander nicht sagen durfte, man sang sie sich einander zu.“ Es lebe unser auf freie Institutionen gegründeter Staat und sein geliebtes fürstliches Oberhaupt! war der freudige Ruf, welcher die Feier des heutigen Tages beschloß.

\* **Detmold, 4. April.** Die Ständeverammlung hat in ihrer Sitzung am 29. März, obwol nur mit einer Stimme Majorität, 11 gegen 10 Stimmen, ein Preßgesetz angenommen, welches nicht weniger als 86 Paragraphen zählt. Vergeblich wurde der Antrag gestellt, es möge der Entwurf ohne Discussion im Einzelnen abgelehnt und der Verordnung vom 8. März, dem denkbar kürzesten Preßgesetz: „Die Presse in unserm Lande wird für frei erklärt“, nachträglich die ständische Zustimmung erteilt werden. — Zu den Resultaten des kurzen Landtags gehört ein provisorisches Gesetz über Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr, welches freilich die Spuren der Uebereilung in dem Entwurf und der Berathung allzu deutlich an sich trägt. Nach demselben soll sich die Dienstverbindlichkeit vom 21. bis zum 50. Lebensjahre erstrecken. Nur wenige Ausnahmen, ordinirte Geistliche, actives Militair u., werden gestattet. Die Wehrpflichtigen jedes obrigkeitlichen Bezirkes werden in Kameradschaften (10—15 Mann), Feldhauptmannschaften oder Compagnien (50—150 Mann), und Commandantschaften oder Bataillons (4—6 Compagnien) eingetheilt. Die Kameradschaften wählen ihre Führer, die Führer die Oberführer, die Führer und Oberführer zusammen den Feldhauptmann; die Führer, die Oberführer und die Feldhauptleute zusammen den Bataillonscommandanten. Die Wahlen bedürfen der obrigkeitlichen Bestätigung und werden im Uebrigen alle zwei Jahre erneuert. Die allgemeine Waffe ist vorerst die Pike, doch ist auch die Bewaffnung mit Feuergewehren gestattet. Sämmtlich allgemeine Requiriten, als Trommeln, Hörner, Fahnen u. dergl. und auch die zur Bewaffnung der einzelnen Wehrmänner dienenden Piken werden auf Kosten der Gemeindefassen angeschafft. Die Kosten der übrigen Ausrüstung trägt jeder Wehrmann zu seinem Theile selbst.

**Frankfurt a. M., 7. April.** Das hier abgehaltene Vorparlament hat über die nachfolgenden Gegenstände Beschlüsse gefaßt:

1) Aufgabe der Versammlung. Die Versammlung hat ihre Auf-

gabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die constitutionelle Nationalversammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden constituirenden Nationalversammlung zu überlassen sei.

2) Das Bundesgebiet. Schleswig, staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unzerzücklich in den Deutschen Bund aufzunehmen und in der constituirenden Versammlung gleich jedem andern deutschen Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten. Ost- und Westpreußen ist auf gleiche Weise in den Deutschen Bund aufzunehmen. Die Versammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland rückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen und, so weit es nöthig, Unterstützung gewähren mögen.

3) Zahl der Volksvertreter in der deutschen constituirenden Versammlung. Auf je 50,000 Seelen wird ein Vertreter zur deutschen constituirenden Versammlung gewählt. Ein Staat mit weniger als 50,000 Seelen wählt Einen Deputirten. Bei Berechnung der Seelenzahl ist die letzte Bundesmatrikel maßgebend.

4) Wahlart der Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung. In Betreff der Wahlart gelten für jedes der deutschen Länder folgende Bedingungen: Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit darf nicht beschränkt werden durch einen Wahlcensus, durch Bevorzugung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen. Jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar. Der zu Wählende braucht nicht dem Staate anzugehören, welchen er bei der Versammlung vertreten soll. Die politischen Flüchtlinge, die nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten, sind wahlberechtigt und wählbar. In allen übrigen Beziehungen ist es jedem einzelnen deutschen Staate überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen findet; die Versammlung erachtet jedoch die directe Wahl im Principe für die zweckmäßigste.

5) Ort der constituirenden Nationalversammlung. Die constituirende Nationalversammlung hält ihre Sitzungen in Frankfurt a. M.

6) Zeit des Zusammentritts. Das Wahlgeschäft ist von den einzelnen Staaten in der Art anzuordnen, daß die Nationalversammlung am 1. Mai dieses Jahres ihre erste Sitzung halten kann.

7) Permanenter Ausschuss der Versammlung. Die gegenwärtige Versammlung wählt einen permanenten Ausschuss von 50 Mitgliedern, der bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. verweilt. Der Ausschuss wird aus den Mitgliedern der Versammlung in der Art gewählt, daß jeder Wahlsatzel 50 Personen bezeichnet, in Betreff deren die Versammlung voraussetzt, daß jeder Wählende alle Theile des Vaterlandes in dem Ausschusse vertreten sehen wolle. Dieser Funzigerschuss ist beauftragt: die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritte der constituirenden Versammlung in Vernehmen zu treten; er ist beauftragt: die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritte der constituirenden Versammlung selbständig zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; er ist beauftragt: bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen. Der Ausschuss wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern schleunigst ins Leben gerufen werde. Der Ausschuss hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschussmitglieder beitreten. Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen. Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines constituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zu Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.

8) Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes. Die Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem constituirenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit verlangen und die im deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen. Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Pressefreiheit. Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landesverwaltung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger

zu Gemein  
Allgemeines  
der persönli  
hängigkeit  
und Schwu  
ditsystem m  
Einrichtung  
wahren, Er  
fassung des  
zupassen.  
Staatsmitt  
angelegenhe

9) Da  
wird ausge  
tenen Männ  
a. M. für  
stande der  
ihren Schut  
Versammlung  
zigerausschu  
führer.

\* Frank  
comité für  
die „Erklär  
vorberathen  
ringem Erfo  
also das P  
diesem Prog  
Partei an.  
Centralcomi  
Erklärung  
gestellten P  
lautet: „Au  
die Punctat  
Monarchie  
deren Spik  
rativen Bun  
staaten.“

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

ein Verzicht  
comité, son  
wendigkeit g  
effene Aufst  
noch einige  
weit, weit u  
pathie für  
durchaus ni  
chischen Gru  
Punctatione  
digkeit ein,  
man läßt d  
wahreres par  
Steuern, ka  
Ordnung gel  
wie es von  
für die Aus  
man die Pu  
klösterlichen  
Oesterreich  
Schlesien, a  
möchte; des  
der erbliche  
Volks, die  
Kopf stoßen  
gelänge es,  
das Volk für  
dann würden  
tionen 6 und  
fein ausgeson  
Das deutsche  
kamen ein In  
auf dem Ma  
die Mannsch  
lebe das deut  
im Festschu  
der Taunus  
höchst von r  
momentan u  
auf der Spu  
haftet word  
nehmen nach

zu Gemeinde- und Staatsämtern. Unbedingtes Auswanderungsrecht Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehr- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justizverweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. Ferner: ein volksthümliches Creditssystem mit Ackerbau- und Arbeit-Creditklassen. Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerblosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerbe- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln. Anerkennung endlich der Auswanderung als Nationalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer.

9) Dank der Versammlung. Der Dank der Versammlung wird ausgesprochen den zu Heppenheim und Heidelberg zusammengetretenen Männern; den Behörden und den Bürgern der Stadt Frankfurt a. M. für die gastliche Aufnahme und ihre Anordnungen; dem Vorstande der Versammlung für seine Mühewaltung; der Bürgerwehr für ihren Schutz und den Turnern für ihre dienliche Mitwirkung in der Versammlung. Frankfurt a. M., 3. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses. Soiron, als Vorsitzender. H. Simon, als Schriftführer. (D. P. U. 3.)

\* Frankfurt a. M., 6. April. Das demokratische Centralcomité für die Wahlen zur constituirenden Reichsversammlung hat die „Erklärung der Volksrechte“, welche Struve beim Beginn der vorbereitenden Volksabgeordnetenversammlung am 31. März mit so geringem Erfolge vorbrachte, als Programm aufgestellt (Nr. 99). Es ist dies also das Programm der republikanischen Partei; und Die, welche sich diesem Programm anschließen, schließen sich damit der republikanischen Partei an. Man lasse sich hier ja nicht täuschen. Das demokratische Centralcomité hat zwar von den 15 Punctionationen, aus welchen jene Erklärung der Volksrechte zusammengesetzt ist, zwei in dem nun aufgestellten Programm weggelassen, nämlich die Punctionation 6, welche lautet: „Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen“, und die Punctionation 15, in der verlangt wird: „Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.“ Die Auslassung dieser beiden Punctionationen ist aber nicht ein Verzicht auf Grundsätze von Seiten des demokratischen Centralcomité, sondern lediglich ein Parteimanoeuvre, theils durch die Nothwendigkeit geboten, theils darauf berechnet, das Volk zu täuschen. Das offene Aufstecken der republikanischen Fahne könnte doch hier und da noch einige Unannehmlichkeiten zur Folge haben; allenthalben hat die weit, weit überwiegende Majorität des Volks nicht die geringste Sympathie für solche gefährliche Träume, und das deutsche Volk scheint durchaus nicht geneigt, seine fortan nach rein constitutionell-monarchischen Grundsätzen regierenden Fürsten mit den Unterzeichnern jener Punctionationen zu vertauschen; das Centralcomité sieht die Nothwendigkeit ein, die Empfindlichkeiten der großen Majorität zu schonen; man läßt deshalb die 13 Punctionationen stehen, die der Masse ein wahres paradiesisches Leben versprechen, wo es für sie kaum noch Steuern, kaum noch anstrengende Arbeit, kaum noch eine bindende Ordnung geben würde, die der Masse alles nur Mögliche versprechen, wie es von je alle Demagogen gethan, um die Masse als Werkzeug für die Ausführung ehrgeiziger Pläne auszubeuten; deshalb streicht man die Punctionation 6, welche die Aufhebung aller Klöster und aller klösterlichen Einrichtungen verlangt, weil man dem guten Volke in Oesterreich und in Baiern, den streng gläubigen Bevölkerungen in Schlesien, am Rhein, in Baden und anderwärts keinen Anstoß geben möchte; deshalb streicht man die Punctionation 15, welche die Aufhebung der erblichen Monarchie verlangt, weil man die große Majorität des Volks, die von anarchischer Freiheit nichts wissen mag, nicht vor den Kopf stoßen darf. Dieses Streichen aber ist nicht ernstlich gemeint; gelänge es, durch die loekenden 13 Punctionationen, die man stehen ließ, das Volk für die Partei des demokratischen Centralcomité zu ködern, dann würden auch bald, darauf kann man sicher rechnen, die Punctionationen 6 und 15 wieder zum Vorschein kommen. Das Parteimanoeuvre ist fein ausgedacht, aber doch nicht so fein, daß man es nicht durchschaute. Das deutsche Volk sei also auf seiner Hut! — An den beiden letzten Tagen kamen ein Infanterieregiment und ein Bataillon bairischer Truppen auf dem Marsche von Würzburg nach Rheinbaiern durch unsere Stadt; die Mannschaften, welche hier rasteten, zogen unter dem Rufe: „Es lebe das deutsche Parlament!“ durch die Straßen, die zum Theil noch im Festschmuck prangten. — Gestern Abend wurden an drei Punkten der Taunuseisenbahn, in der Nähe von Kastell, Hochheim und Höchst von ruchlosen Händen die Schienen aufgerissen, sodas der Dienst momentan unterbrochen ist (Nr. 100). Man ist den Thätern bereits auf der Spur; es sollen in Kastell schon eine Anzahl Personen verhaftet worden sein. Am Mittelrhein entlang organisirt sich dem Vernehmen nach eine gewaltthätige Opposition gegen die Schlepddampfschiffe,

die, wie es heißt, schon von mehreren Orten aus beim Vorüberfahren mit Flintenschüssen angegriffen worden wären. Die Behörden werden mit aller Entschiedenheit und Kraft auftreten müssen, um der in der That zunehmenden Anarchie, welcher sich der rohe Theil hinzugeben anfängt, ein Ende zu machen.

\* Frankfurt a. M., 7. April. Die Beschädigungen an der Taunuseisenbahn werden schon bis übermorgen wieder hergestellt sein. Die frankfurter Omnibus, welche gestern die Reisenden von hier nach Mainz beförderten, wurden in Kastell von einer Anzahl Leute mit Zerstörung der Wagen bedroht, wenn sie sich noch einmal auf dortigem Gebiete blicken lassen würden. — Man spricht heute von etwa sechs hiesigen Handelsfirmen zweiten Ranges, die ihre Zahlungen einzustellen sich genöthigt gesehen haben.

\*\* Frankfurt a. M., 6. April. Die Verhandlungen des permanenten Ausschusses gewinnen täglich mehr an Interesse. Bei der heutigen Sitzung war der Zuhörerraum dicht gefüllt; auch Damen bemerkte man daselbst. Die Sitzung hatte kaum begonnen, als die Meldung von den an der Taunuseisenbahn verübten Zerstörungen eintraf, zugleich mit einem Gesuche, der Ausschuss möge seinen moralischen Einfluß zur Verhütung der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse anwenden. Obgleich einige Stimmen dies als außer dem Berufskreise des Ausschusses liegend bezeichneten, war doch die Majorität der Ansicht, daß der Ausschuss verpflichtet sei, sein großes moralisches Gewicht aufzubieten, um Freveln entgegenzuarbeiten, die, wie R. Blum bemerkte, schlimmer sind als eine politische Revolution, weil sie das Eigenthum und alle Errungenschaften der Neuzeit angreifen. Man beschloß, die betreffenden Regierungen und Sicherheitscomités zu energischen Maßregeln aufzufordern, zugleich aber auch das Volk durch einen öffentlichen Aufruf zur Ordnung und Gefeglichkeit zu mahnen. Hierauf kamen die Geschäftsbeziehungen zum Bundestage zur Sprache. Die Bundesversammlung will sich mit einem Ausschusse der 17 Vertrauensmänner in Verbindung setzen, und dieser wieder mit dem permanenten Ausschuss, durch dessen Präsidenten tägliche Besprechung unterhalten. Der permanente Ausschuss aber findet diese Art der Geschäftsbehandlung theils zu weitläufig, theils der ihm angewiesenen Stellung nicht entsprechend. Sein Auftrag sei, mit dem Bundestage zu berathen, nicht mit den Männern des Vertrauens, deren Stellung übrigens in der Bundesversammlung selbst, nicht außerhalb derselben sei. Man äußerte laut den Verdacht, daß die Absicht des Bundestags dahin gehe, den Ausschuss durch glatte diplomatische Redensarten hinzuhalten; man rügte bitter, daß der Bundestag noch an seinem Wahlmodus von einem Abgeordneten auf 70,000 Seelen festhalte, während das Vorparlament 1 auf 50,000 bestimmt hatte. Das Resultat der sehr lebhaften Debatte war, daß der vorgeschlagene Geschäftsmodus abgelehnt und beschloffen wurde, es solle der Bundestag die 17 Vertrauensmänner in seinen Schoos aufnehmen, und dann mittels einer Commission mit dem permanenten Ausschuss conferiren. Der Bundestag solle ferner sofort (einige verlangten: binnen 24 Stunden!) erklären, ob er mit den Beschlüssen des Vorparlaments einverstanden, und was zu deren Vollzug bisher geschehen sei. Zuletzt beschloß der Ausschuss, eine Zusammenstellung der Beschlüsse des Vorparlaments zu veröffentlichen, sowie auch eine dieselben erläuternde Proclamation an das Volk zu erlassen. Bei letztem Anlaß erhob sich eine Debatte darüber, ob das Wort „Volksouveraineté“ in der Proclamation Platz finden solle. Die Mehrheit lehnte es ab, nicht sowohl der Sache als des Wortes willen; auf Verlangen der Minorität (R. Blum, Jacoby etc.) wird das vollständige Stenographenprotokoll veröffentlicht werden. Noch ist einer Mittheilung des Präsidenten zu erwähnen, wonach die Bundesversammlung sich sehr ernstlich mit Schleswig-Holstein beschäftigt und ihre desfallsigen Verhandlungen den 17 Vertrauensmännern zur Kenntniß mittheilen will, welche ihrerseits den Abgesandten der provisorischen Regierung zu Rendsburg in ihre Versammlung eingeladen haben.

Frankfurt a. M., 7. April. Von Seiten der meiningischen Regierung ist der geheime Regierungsrath Luther als Abgeordneter bei der hiesigen Siebzehnerversammlung (der Vertrauensmänner) accreditirt worden. (D. P. U. 3.)

Hamburg, 7. April. Der königl. dänische Ministerresident hier selbst, Hr. v. Löwenörn, hat dem Vernehmen nach bereits vor einigen Tagen von Seiten des jegigen königl. dänischen Ministeriums seine Entlassung erhalten. Die Geschäfte der Gesandtschaft vertritt einstweilen ein hiesiger Kaufmann, Hr. Westenholz. (H. C.)

### Preußen.

Berlin, 9. April. Die heutige Allgemeine Preussische Zeitung enthält das Wahlgeseß für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung vom 8. April, nebst dem Reglement zur Ausführung obigen Wahlgeseßes (wir theilten in Nr. 97 den Entwurf dieses Wahlgeseßes mit), sowie dann die in demselben getroffenen Veränderungen. Ferner enthält dieselbe Zeitung eine Bekanntmachung des Staatsanwalts v. Kirchmann, lautend:

Die Aufregung über die politischen und socialen Fragen, die sich bisher in den gesetzlichen Schranken der Discussion und Petition gehalten hatte, hat leider im Laufe dieser Woche Einzelne veranlaßt, diese Grenze zu überschreiten und vereint thätliche Angriffe gegen das Eigenthum und die Person von Kaufleuten, Fabrikbesitzern und selbst Arbeitern zu unternehmen, um eine augenblickliche Verbesserung ihrer Lage zu erlangen. Da das Gerücht sich verbreitet hat, als seien die zuständigen Behörden hierbei nicht eingeschritten, so wird zur Beruhigung des Publicums bekannt gemacht, daß alle Fälle dieser Art, soweit sie einen Angriff gegen das Eigenthum, die Freiheit und die Person, durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohungen enthalten, von mir auf das schleunigste verfolgt worden sind. Die Angeeschuldigten sind theils bereits verhaftet, theils ihre Verhaftung von mir beantragt; die Voruntersuchung wird so energisch und schleunig geführt, daß schon in der kommenden Woche mündliche Verhandlungen solcher Fälle zu erwarten stehen. Wesentlich zur Beschleunigung wird es beitragen, wenn die Zeugen nicht, wie bisher mehrmals vorgekommen, auf die Vorladung ausbleiben. Auch werden die Herren von der Bürgerwehr, welche Verhaftungen bewirken, ersucht, eine möglichst umständliche Anzeige des Vorfalles mit Angabe der Wohnung der Zeugen dem königl. Polizeipräsidenten oder mir unmittelbar zugehen zu lassen. Berlin, den 8. April. 1848.

Berlin, 8. April. Wir sind ermächtigt, die aus der Rostocker Zeitung in andere Blätter übergegangene Nachricht, daß das Ministerium dem Bankier Schaafhausen in Köln einen Vorschlag aus Staatsmitteln bewilligt habe, für völlig ungegründet zu erklären. (N.P.Z.)

\*\* Berlin, 7. April. Zu den bedauerlichsten Zeichen in unserer großen Bewegung gehören die Angriffe auf Persönlichkeiten, von denen man voraussetzt, daß sie der alten Richtung, der sie treue Dienste geleistet haben, zu sehr zugethan sind, um auf die neuen Veränderungen mit gleicher Treue einzugehen. In Frankreich war es natürlich, daß nach dem Sturze der Julidynastie alle Diener derselben, deren man nicht ganz sicher war, beseitigt wurden. Bei uns liegt die Sache anders. Der König hat sich mit einer Entschiedenheit, die an seiner Aufrichtigkeit keinen Zweifel läßt, für die Sache der Bewegung erklärt; seine treuesten Diener sind daher gerade jene, auf die man am zuverlässlichsten rechnen kann, weil ihre Treue gegen den König die sicherste Bürgschaft für ihre Treue gegen die neue Richtung bietet, die der König eingeschlagen hat. Zu den Männern, deren gegenwärtige Stellung wir auf diese Weise beurtheilen, gehört besonders auch unser Oberpräsident v. Meding, der in der ersten Sitzung des Landtags unumwunden erklärt hat: er erkenne an, daß er in seiner bisherigen Auffassung sich getäuscht habe; er habe sich überzeugt, daß die unermessliche Mehrtheit des preussischen Volkes für eine weitere Ausdehnung der Freiheit sei, als die bisherige Verfassung gewährt habe; und er halte es für seine Pflicht, seine persönliche Ansicht dem Urtheil und dem Willen der Mehrheit unterzuordnen. Diese Beitrittserklärung war von um so größerer Wichtigkeit, als sie ohne Zweifel von dem ganzen höhern Beamtenstande, der sich in ähnlicher Lage befindet, acceptirt werden wird. Hr. v. Meding hat durch dieselbe daher der Sache der Bewegung einen wesentlichen Dienst geleistet. Statt dies anzuerkennen, sucht man jetzt die Aufrichtigkeit des Hrn. v. Meding von verschiedenen Seiten zu verdächtigen. Da es jedenfalls die nachtheiligste Wirkung haben würde, wenn es gelänge, auf diese Weise das Zeichen zu Verfolgungen wegen früherer Meinung zu geben, so halten wir es für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die gehässigsten Ausfälle gegen Hrn. v. Meding in unsern Zeitungen von Personen ausgegangen sind, bei denen es nahe liegt, Motive der Privatrage vorauszusetzen. (Sollte das auch bei den Stadtverordneten in Frankfurt a. D. der Fall sein, die bekanntlich im Namen der Stadt die Entlassung Hrn. v. Meding's wünschen? Nr. 100).

\* Berlin, 7. April. Fortwährend gehen Truppen aus unserer Umgegend nach dem Holsteinischen ab, wo nun bald die beiden Regimenter Franz und Alexander sowie der größte Theil des ersten und zweiten Garderegiments angelangt sein werden. Man versichert, daß diese Truppen vorzüglich zur Besetzung von Rendsburg und zur Deckung der Küsten bestimmt seien. Es erregt allgemeine Freude, daß unser Cabinet sich durch keine Unterhandlungen einschläfern läßt, sondern mit aller Energie diejenigen Maßregeln ergreift, welche nöthigenfalls geeignet sind, unsern diplomatischen Schritten Nachdruck zu geben. Leicht könnte sonst Preußens Zögerung benutzt werden, um inzwischen die noch nicht genug ausgeführten Rüstungen der Gegner zu Ende zu bringen und unserer Regierung das Nachsehen zu lassen. Uebrigens scheint es sich zu bestätigen, daß wirklich Unterhandlungen im Werke sind, um die drei Reiche Norwegen, Schweden und Dänemark, das zweite mit Hinzunahme von Finnland, unter dem König Oskar zu einem vereinigten Königreich oder Kaiserthum Scandinavien zu verbinden, während der König von Dänemark als solcher die Krone niederlegen, für seine Lebenszeit Großherzog von Schleswig und Holstein als deutscher Bundesfürst werden und der Herzog von Augustenburg als sein Nachfolger eintreten sollte. Zur Unterhandlung hierüber sollen Abgeordnete Englands, des Deutschen Bundes, Schwedens und Dänemarks, wie man wissen will, in Hamburg zusammenkommen. So fabelhaft Manches hiervon klingt, findet es hier doch in vielen Kreisen Glauben.

Um den mehr als jemals hier selbst schwerbedrängten Grundbesitzern zu Hülfe zu kommen, soll, wie man versichert, ein allgemeiner Indult zum Besten der Hypothekenschuldner festgestellt werden.

Die Nachrichten über die Ernennung der H. v. Rönne, v. Ladenberg und Scheller zu Ministern des Handels, des Cultus und der Gesetzgebung sollen sich bestätigen und rufen allgemeine Freude hervor, da man auch jene Männer als entschiedene Anhänger eines vernünftigen Liberalismus schon lange verehrt hat. Wichtig ist es, daß man jetzt auch an Entfernung solcher Männer in weniger hohen Aemtern denkt, welche kein Vertrauen genießen.

Es hat sich bestätigt, daß der Polizeidirector Dunkel, weil er einen Ueberfall von Polen gefürchtet, aus seinem Fenster gesprungen ist und sich dabei wesentlich verletzt hat.

Posen, 7. April. Der Generalmajor von Willisen hat nachstehenden Erlaß an die Bewohner des Großherzogthums gerichtet:

Einwohner des Großherzogthums Posen! Die Reorganisation der Provinz, wie Se. Maj. versprochen, soll beginnen; ich bin dazu mit den nöthigen Vollmachten versehen. Ich hoffe, das Vertrauen der ganzen Bevölkerung kommt mir bei dem schwierigen Werke entgegen; dürfte ich das nicht hoffen, würde ich den sonst so ehrenvollen Auftrag nie übernommen haben. Polen! Ihr wünscht eine nationale Regierung, ein nationales Gerichtsverfahren in eurer Sprache, ihr werdet Beides haben; als erste Sicherheit dafür haben Se. Maj. bestimmt, daß ein Mann polnischer Abkunft an die Spitze der Verwaltungsbehörde treten, und daß die freie Wahl der Landräthe wiedergegeben werden soll. Ihr wünscht eine nationale Bewaffnung. Ihr habt sie schon an der Landwehr; es gibt keine volksthümlichere als diese. Alles was ihr wünschen könnt, wird sich leicht an sie anschließen, und ich werde gern Vorschläge erfahrener Männer unter euch entgegennehmen über Aenderungen, welche etwa begehrt werden könnten, z. B. Abzeichen und Dienstsprache. Deutsche! Hegt keine Bessersorgniß; die Rechte, welche eure Sprache euch gibt, sind unverlegbar, ganz Preußen gewährt sie euch. Als leitendes Princip für die künftigen Einrichtungen steht fest, daß Jeder in seiner Sprache regiert werde, in ihr sein Recht empfangen. Keiner soll nöthig haben, zu irgend welcher Behörde in einer andern Sprache zu reden als in der seinigen, noch darf er anders als in ihr beschieden werden oder sein Urtheil empfangen. Habt Vertrauen zu euren polnischen Landleuten, bei aller natürlichen Aufregung der letzten Zeit haben sie doch die ernstesten Anstrengungen gemacht, keinem von euch zu nahe zu treten. Einzelnes ist eine Ausnahme, die sie selbst beklagen, und auch einzelne von euch haben nicht immer das rechte Maß gehalten.

Darum vor Allem keine gegenseitigen Anschuldigungen, seht nur auf das Ganze, seid nachsichtig und mild gegen das Einzelne. In der Einigkeit seid ihr stark, in der Entzweiung jedem Winde, der von außen kommt, preisgegeben. Nach diesen allgemeinen Andeutungen soll nun sofort ans Werk geschritten werden. Aber eine Vorbedingung muß ich machen: Zuvor muß Ordnung und Geselligkeit vollkommen wiederhergestellt sein. Es darf keine Autorität im Lande geben, welche nicht von der Regierung ausgeht, nicht von ihr sanctionirt ist. Von den bestehenden Comités kann ich nur die bestätigen, welche lediglich locale Zwecke, die öffentliche Sicherheit im Auge haben und deren Fortbestehen die Ortsbehörden wünschen; alle andern müssen sich sofort auflösen und jeder öffentlichen Handlung enthalten. Jede unregelmäßige freiwillige Bewaffnung in Trupps wird im eignen Interesse der Rationalität gut thun, sich unverzüglich aufzulösen. Es droht für jetzt noch keine Gefahr von außen. Träte sie uns nah, so würde ich der Erste sein, welcher die Vaterlandsliebe der Eingeborenen zu jeder Anstrengung auffordert. Für jetzt kann Jeder ruhig in seine Heimat zurückkehren. Eure Gefahr ist auch die unsrige, und wir werden dann ihr zusammen entgegen treten. Was bis jetzt geschehen, ist nur eine unzeitige Verschwendung von Geld und Kräften. Wer sich dem Dienste der Waffen aber widmen will, kann sich bei den Landwehrcommandeuren melden, er wird, wenn er dienstfähig ist, eingestellt werden. Polen! Die edelsten Männer unter euch haben mir ihre Mitwirkung für die Herstellung der Ordnung, wie ich sie verlangen muß, zugesagt; ich werde mich in ihrer Begleitung bald überzeugen, ob meine Wünsche überall erfüllt sind, und dann soll es schnell ans Werk gehen. Bis dahin kann nur vorbereitend berathen werden. Ich werde dazu Männer jeden Standes, jeder Sprache in angemessenem Verhältnisse heranziehen und hoffe sicher, Sr. Maj. Regierung nur solche Vorschläge zu machen, welche das Zeichen gerechter Abwägung aller Interessen an ihrer Stirn tragen. Noch einmal also, Ordnung, Ruhe, Geseß! Ohne Ordnung keine Freiheit, und Polen! bedenkt, welches unverhoffte volle Maß bürgerlicher und politischer Freiheit ihr durch die großen Gaben der letzten Wochen mit uns genießt, mehr, als einer von uns zu erleben hoffte. Wollt ihr aber unsere Freiheit mitgenießen, müßt ihr zunächst auch in unsere Ordnung eingehen. Werdet ihr zu derselben zurückkehren, euch geordnet und ruhig in eure Heimat begeben, so verbürge ich euch, für das Geschehene die vollständige Amnestie bei Sr. Maj. zu erwirken. Posen, den 6. April 1848. Der königl. Commissarius und Präses der Commission zur Reorganisation des Großherzogthums Posen. v. Willisen, Generalmajor.

#### Österreich.

\* Wien, 5. April. Gestern wurde der Feldmarschalllieutenant Graf Zichy, früherer Commandant von Venedig, dessen mit den Insurgenten eingegangene Capitulation allgemein als ein Verrath bezeichnet wird, von Laibach gefangen hier eingebracht, um wahrscheinlich von einem Kriegsgerichte seinen Urtheilspruch zu erwarten. — Die dem kaiserl. Wappen in Rom widerfahrne Beschimpfung hat unter dem hiesigen

Publicum  
Biederberg  
natur beson  
\* Wien  
nach Pressb  
Schließung  
Ministerprä  
ung die La  
kannt, wel  
zur Heranz  
bleiben wir  
gütliche Ber  
den. — Die  
putation  
wurde, hau  
musik geh  
dann vor d  
sonnenen ge  
nach Mitter  
sich heute d  
— Die A  
die bereits  
schen Wapp  
sien schließt  
anzuweisen,  
Wiederaufri  
Botschaft st  
sein wird, i  
den diplom  
ten Falle w  
hält die Zei  
Oesterrei  
gende Punk  
wünscht wer  
1) Best  
nicalbesites,  
Grundbesitz  
stimmung üb  
Kammer. 2  
ausschließend  
verpflichtuna  
bildung an  
Auschuß, gr  
Volkslehrer,  
nassen, der U  
sendern Mini  
Ministerien  
und jährliche  
Ausgaben. 7  
niges Anschließ  
Volkes durch  
(10) Volksthü  
(11) Beidig  
Mündlichkeit  
nliche Freih  
befest gefäng  
gefänglich ein  
verpönten Ho  
nen 24 Stun  
stirten bekann  
treiem Fuß u  
verfassung m  
ten bei volle  
vorstamsten S  
des Landes d  
Sw. Maj. zu  
ung und all  
tender Entlas  
und Stempelg  
besteuerten  
Verfügung, d  
terliche Gewal  
Polizeimannsch  
jeder körperlic  
Wien,  
reiche Kroa  
ihrer an den  
Lieber B  
Petition trage  
Rücksicht auf  
den Ausdruck  
ihrer Rational  
angebeihen las  
meinem königl  
ihre billigen A

Publicum eine solche Erbitterung erregt, daß man gestern eine ähnliche Wiedervergeltung an dem päpstlichen Schild an dem Hotel der Nuntiatur besorgte, wobei jedoch die Besonnenheit die Oberhand behielt.

Wien, 6. April. Uebermorgen gehen der Kaiser und die Kaiserin nach Presburg, wo der Monarch die in der nächsten Woche stattfindende Schließung des ungarischen Landtags in Person vollziehen wird. — Der Ministerpräsident Graf Ficquelmont macht in der heutigen Wiener Zeitung die Lage unserer militairischen Stellung in Italien bekannt, welche sich längs der Etsch und dem Mincio ausdehnt und bis zur Heranziehung sämtlicher Streitkräfte in defensiver Haltung verbleiben wird. Dann dürften, bevor der Hauptschlag geschieht, noch gütliche Verständigungen mit den aufständischen Provinzen versucht werden. — Die aus Geistlichen und Bürgern bestehende lemberger Deputation ist heute vom Kaiser empfangen worden. — Gestern Nacht wurde, hauptsächlich von Studirenden, dem Erzbischof eine Kagenmusik gebracht und einige Fenster zertrümmert; der Hause begab sich dann vor die päpstliche Nuntiatur, wo es jedoch dem Zureden von Besonnenen gelang, Excesse abzuwenden, die mit desto größerer Heftigkeit nach Mitternacht vor dem Kloster der Liguorianer losbrachen und sich heute dort mit Vertreibung der Geistlichen wiederholt haben.

Die Wiener Zeitung enthält einen sehr versöhnlichen Artikel über die bereits gemeldeten Vorfälle in Rom (das Herabreißen des österreichischen Wappens vom Gesandtschaftshotel), welcher Artikel folgendermaßen schließt: Es ist beschlossen worden, den k. k. Botschafter in Rom anzuweisen, seine Functionen daselbst wieder anzutreten, insofern die Wiederaufrichtung des österreichischen Wappens an dem Palaste der Botschaft stattgefunden habe, und die päpstliche Regierung im Stande sein wird, ihm den völkerrechtlichen Schutz zu gewährleisten, ohne welchen diplomatische Beziehungen nicht denkbar sind. Im entgegengesetzten Falle wird Graf Lützow den Kirchenstaat verlassen. — Endlich enthält die Zeitung eine Adresse der Stände des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns an den Kaiser, in welcher Adresse folgende Punkte als Grundgesetze der zu erwartenden Constitution gewünscht werden:

1) Bestimmung des Wahlsens zur künftigen Vertretung des Dominicalbesitzes, des Bürger- und Bauernstandes mit Berücksichtigung des Grundbesitzes, der Besteuerung, der Intelligenz und Seelenzahl, und Bestimmung über die Vertretung des Gesamtwillens der Nation in einer Kammer. 2) Theilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung und ausschließendes Befugniß der Steuerbewilligung. 3) Allgemeine Militärverpflichtung mit Ersatzmännern. 4) Uebertragung der Leitung der Volksehrbildung an einen aus den Landesvertretern zu wählenden permanenten Ausschuss, gründliche Ausbildung, ausreichende und lohnende Dotation der Volksschulen, zweckmäßige, reelle Bildung befördernde Einrichtung der Gymnasien, der Universitäten, Lehr- und Lernfreiheit. 5) Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Industrie. 6) Verantwortlichkeit der Ministerien an die Kammer nach Maßgabe eines festzustellenden Gesetzes und jährliche öffentliche Rechnungslegung über alle Staatseinnahmen und Ausgaben. 7) Freie Presse, bloß beschränkt durch die Strafgesetze. 8) Inzuges Anschließens an unsere deutschen Brüder und Vertretung des deutschen Volkes durch ein deutsches Parlament. 9) Freies Recht zu Associationen. 10) Volksthümliche Wehrverfassung mit selbst gewählten Commandanten. 11) Weidigung des Militärs auf die Verfassung. 12) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Geschworenengerichte. 13) Persönliche Freiheit und Bestimmung, daß keine Person ohne gesetzlichen Haftbefehl gefänglich eingezogen werden darf, mit alleiniger Ausnahme, als die gefänglich einzuziehende Person bei Ausübung einer durch die Strafgesetze verpönten Handlung ergriffen wird, daß die Ursache der Inhaftirung binnen 24 Stunden mit sogleicher Einleitung der Untersuchung dem Inhaftirten bekannt gegeben, und daß derselbe gegen Stellung von Bürgen auf freiem Fuß untersucht werde. 14) Gewährung selbständiger Communalverfassung mit durchaus freigewählten Magistraten und Gemeindevorständen bei voller Oeffentlichkeit der Communalverhandlungen. Die treu gebernen Stände lassen auch noch nachstehende vorgekommene Wünsche des Landes durch ein gewähltes Comité prüfen und begutachten, um sie dem Maj. zur gnädigsten Genehmigung vorlegen zu können. a. Ermäßigung und allmähliche Aufhebung der Verzehrungssteuer mit zunächst eintretender Entlastung der ersten Lebensbedürfnisse, dann Revision des Tax- und Stempelgesetzes mit Rücksicht auf den Umfang des durch dasselbe zu besteuern Vermögens. b. Einschränkung der polizeilichen Gewalt und Verfügung, daß allen k. k. Polizeidirectionen und Commissariaten jede richterliche Gewalt abgenommen werde. c. Uebernahme der Erhaltung der Polizeimannschaft von Seite der hohen Staatsverwaltung. d. Aufhebung jeder körperlichen Strafe.

Wien, 3. April. Der hier anwesenden Deputation der Königreiche Kroatien und Slawonien ist vorläufig folgende Erledigung ihrer an den Thron gebrachten Wünsche zu Theil geworden:

Lieber Bischof Haulik! Aus Anlaß der im Anschlusse mitfolgenden Petition trage ich Ihnen auf, den Bittstellern zu erklären, daß ich, mit Rücksicht auf meine denselben ertheilte mündliche Antwort, der zufolge ich den Ausdruck ihrer Treue und Anhänglichkeit mit Wohlgefallen aufnehme, ihrer Nationalität und Municipalrechten stets meinen Schutz und Schirm angedeihen lassen, all Dasjenige, was mit dem Gesetze, der Verfassung, meinem königl. Eide, Rechten und Pflichten vereinbar ist, gewähren, und ihre billigen Wünsche und Bitten stets gern berücksichtigen werde, wegen

Einberufung einer Landescongregation jener Königreiche gleichzeitig das Nöthige verfüge, wobei über jene Bitten, die mir im gesetzlichen Wege unterbreitet werden, insofern sie nicht mittlerweile durch mich oder reichstägigen Tradition erledigt wären, die Entschlüsse zum Wohle und der Beruhigung der mir wegen ihrer stets bewährten Treue und Anhänglichkeit theuern Nation jener Königreiche möglichst bald erfolgen werden. Wegen des zur Abhaltung der Landescongregation geeigneten Zeitpunktes haben Sie sich mit dem Hof-Vizekanzler von Szogyeni ins Einvernehmen zu setzen. Wien, den 2. April 1848. Ferdinand m. p. (W. 3.)

Die Stände Kärntens haben außer dem bereits mitgetheilten Immediatrescript vom 18. März ein Gesuch an den Kaiser gerichtet, worin sie bemerken, daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Vertretung nur dann zu Stande kommen kann, wenn außer dem Bürgerstand auch der Bauernstand auf dem Landtage gehörig vertreten sein wird. Sie stellen demnach die Bitte, daß zur Berathung über eine zeitgemäße Umgestaltung und Verbesserung der Municipal- und Gemeindevorrichtungen nebst dem verstärkten Ausschuss aus Geistlichkeit und Adel als zweite Hälfte auch Bürger und Bauern mit gleicher Stimmenberechtigung zugezogen werden. Da zur schnellen Einberufung einer solchen provisorischen Vertretung dormalen aber andere Grundlagen fehlen, so sind die Stände der Meinung, sich wegen Zuordnung der Vertreter aus dem Bürgerstand an die gegenwärtige Repräsentanten der Städte Kärntens zu wenden und bezüglich der provisorischen Abgeordneten aus dem Bauernstande die kärntnerische Landwirtschaftsgesellschaft um Veranlassung der Wahl zu ersuchen. (W. 3.)

Wie wir vernehmen, haben die Stände von Tirol beschlossen, die Wünsche des Landes einstweilen ruhen zu lassen, vielmehr dem Vaterlande Jäger zu stellen und erst nach Lösung der Verwickelungen des Augenblicks auf ihre Provinzialanliegen zurückzukommen. Das ist markiger Patriotismus nach tiroler Art. (W. 3.)

Presburg, 5. April. Gestern kam der bekannte Baron Nikolaus Wesselenyi aus Siebenbürgen hier an, um noch den letzten Tagen desjenigen Landtags beizuwohnen, welcher endlich die Freiheit Ungarns errungen, für die er im Kerker gelitten. Er wurde heute in der Deputirtenafel mit ungeheuerm Enthusiasmus begrüßt. Derselbe ist leider des Augenlichts fast gänzlich beraubt. — Dem in der k. Resolution ausgedrückten Verlangen des Königs entsprechend, hat die Deputirtenafel provisorisch 3 Mill. Fl. für Civilliste u. bewilligt. — Die ungarischen Minister sind außer dem Premier noch immer nicht bestätigt, und doch ist schon unter den bloß ernannten Ministern eine Meinungsverschiedenheit eingetreten, welche den Rücktritt eines Theiles derselben drohte. Der Gegenstand des Zwiespalts ist die Comitatsreform. Diesmal gelang es noch der Deputirtenafel, eine Vermittelung zu bewirken, für die Dauer dürfte aber die Zusammenhaltung des gegenwärtigen Ministeriums kaum möglich sein. Kossuth, der unentbehrliche Mann der Gegenwart, strebt eine radicale Umgestaltung der Verfassung an, wobei er namentlich die nordamerikanischen Institutionen zum Muster gewählt. Ihm zur Seite stehen die Minister Batthyanyi und Cötoos. Dagegen huldigen Deak und Szeghényi der gemäßigteren Richtung und möchten auch die ungarische Aristokratie, welche bisher die Herrschaft besessen, nicht auf einmal vernichtet sehen. — Ein in Ungarn unerhörtes Schauspiel war der Festzug von 600 Bauern aus dem presburger Comitats, welche dem gefeierten Kossuth ihren Dank darbrachten. Aus allen Gegenden laufen übrigens Dankadressen an ihn ein, was natürlich seinen Einfluß immer mehr steigert.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

### Handel und Industrie.

Staatspapiere. London, 3. April. 3pc. Cons. 80<sup>7</sup>/<sub>8</sub>; Port. 5pc. 13<sup>3</sup>/<sub>4</sub>; Span. act. 10<sup>5</sup>/<sub>8</sub>; 3pc. 18. Paris, 4. April. 5pc. 52. 50; 3pc. 34. 50; Bact. 1115. Wien, 6. April. Bact. 745; Met. 5pc. 62; 4pc. 50; 3pc. 43; 500 Fl. 2. 100; 250 Fl. 2. 67.

Actien. Wien, 6. April. Nordb. 70; Slogg. 68; Rail. 45; Livorn. 44; Pesth. 54.

Berliner Börse, 8. April. Preuß. Fonds- u. Geldsorten: Stetsch. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 75<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Seehdl. Prämisch. 80, Pfandbr. westpr. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 74, Posen. neue 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 66, pommer. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 88, kur. u. neum. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 87, preuß. Bankantheil. 62<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Friedrichsd. 113<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Louisd. 112<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Diskonto 5 Proc. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 80, Berl.-Hamb. 4pc. 60 Br., Prior. Act. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 80<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Berl.-Stett. 78<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., Cöln-Minden 4pc. 62, Prior. Act. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>pc. 76, Niederschl. 4pc. 59, Prior. Act. 5pc. 81 Br., Rhein. 49, Sächs.-Bayer. 4pc. 73, Thür. 4pc. 50. — Quittungsbogen: Berg.-Märk. 4pc. 43<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, Magd.-Wittenb. 4pc. 44<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Nordb. (Fr. W.) 4pc. 32<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Posen-Starg. 4pc. 47. — Ausländische Fonds: Russ.-engl. Anl. 5pc. 83<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Pol. Pfandbr. (neue) 4pc. 84, Part. à 300 Fl. 56.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von J. K. Brockhaus in Leipzig.

# Wahlmanifest des deutschen Vereins.

Ein großer Schritt zur Einheit Deutschlands ist geschehen durch den Zusammentritt der Frankfurter Versammlung. Diese Versammlung hat volle Geltung gewonnen als ein vorbereitendes Centralorgan des Gesamtwaterlandes. Der Bund, gereinigt von einer gerichteten Vergangenheit in Beschlüssen und Personen, ist mit ihr in unmittelbare Verbindung getreten zur Vermittelung aller organischen Beschlüsse.

An uns, an den Bürgern Deutschlands ist es nun, diesen angebahnten Weg zu betreten und zu verfolgen, indem wir unsern Regierungen der einzelnen Landestheile zeigen, daß wir den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung Folge gegeben sehen wollen, und indem wir an die Wahlen gehen, welche binnen vier Wochen eine constituirende Versammlung in Frankfurt mit Männern des allgemeinen Vertrauens auszurüsten haben. Unsere Regierung wird sicherlich schon in den nächsten Tagen die Wahlen dergestalt anordnen, daß auf Grund der Frankfurter Beschlüsse von je 50,000 Seelen ein Abgeordneter für die constituirende Versammlung erwählt werde.

Dies ist der Augenblick, uns auszusprechen über die Grundsätze, von welchen wir die Wahlen geleitet sehen möchten. Indem wir uns nach unserer Ueberzeugung vor Allem dazu bekennen, daß,  
 „nach der Lage und Art der Verhältnisse unserer Zeit, für die Gestaltung und Erhaltung eines einigen, freien und starken Deutschlands die sicherste Gewähr geboten werde:

durch einen Bundesstaat mit vollstämmlichem Parlament, der die Gesamtheit des deutschen Vaterlandes umfaßt; und in den einzelnen Staaten durch constitutionelle Monarchie, ruhend auf breiterer demokratischer Grundlage,“

bezeichnen wir als die Punkte, die wir in einem deutschen Parlamente durchgesetzt haben wollen, folgende:

- 1) Einheit Deutschlands. Volle Macht und Pflicht der constituirenden Versammlung zur Bildung eines die deutschen Staaten umfassenden Bundesstaates, ruhend auf vollstämmlicher Vertretung, und zur Verwirklichung der souverainen Gewalt der zu schaffenden Bundesmacht über ganz Deutschland. Allgemeines deutsches Bundesgericht.
- 2) Einheit der bürgerlichen und Straf-Gesetzgebung. Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschworenengericht.
- 3) Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und Freizügigkeit.
- 4) Gleiches Maß, Münze, Gewicht.
- 5) Gemeinschaftliche Maßregeln für den Verkehr, für Post, Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen. Aufhebung aller Papschererei.
- 6) Allgemeine deutsche Volkwehr: sobald die äußere Kriegsgefahr beseitigt ist, Aufhebung des stehenden Heeres bis auf einen Kern aller Truppengattungen. Dagegen Schaffung einer deutschen Flotte.
- 7) Aufhebung aller innern Landeszölle.
- 8) Aufhebung aller auf den nothwendigen Lebensbedürfnissen lastenden Steuern. Einführung einer Einkommensteuer durch ganz Deutschland.
- 9) Aufhebung der den Landmann und Gewerbetreibenden drückenden Lasten.
- 10) Beschränkung des Beamtenheeres durch Beseitigung des Zwielichtreglerens.
- 11) Freie Gemeindeverfassung.
- 12) Freies Vereins- und Versammlungsrecht.
- 13) Sicherstellung der Person vor willkürlicher Verhaftung.
- 14) Bülige, nur unter dem Rechtsgezeß stehende Pressfreiheit ohne alle Concessionen und Cautionen.
- 15) Aufhebung aller auf Geburt, Rang und Stand ruhenden Vorrechte.
- 16) Unabhängigkeit der Kirche vom Staate: gleiche Berechtigung jedes Glaubensbekenntnisses.
- 17) Beschaffung und Leitung des Unterrichts durch den Staat. Unabhängigkeit der Schule von der Kirche. Lehrfreiheit. Besserstellung des Lehrerstandes. Aufhebung des Schulgeldes und Einführung einer allgemeinen Schulssteuer.
- 18) Sorge für das geistige und körperliche Wohl der arbeitenden Klassen. Förderung desselben durch eine eigne Behörde des Staats.

Dies sind die Grundsätze, welche wir von unsern Vertretern standhaft verfolgt sehen wollen. Männer solcher Grundsätze wollen wir gewählt haben. Wir wollen Alles daran setzen, keinerlei Reaction aufkommen zu lassen. Wir wollen ein einiges Volk und dadurch eine wahrhafte und wehrhafte deutsche Nation werden. Die Einheit allein und eine freie Gesamtgesetzgebung, welche von uns selbst und zwar von uns Allen ausgeht, bringt Das zu Stande, was wir von den verschiedensten Standpunkten aus Alle wollen, einen starken deutschen Gesamtstaat. Die constituirende Versammlung also, aus uns Allen hervorgehend, sei die allein entscheidende Behörde für des neuen deutschen Reiches Verfassung. Darum jetzt keinen voreiligen Streit über den besondern Namen und die besondere Form dieser Verfassung! Der constituirenden Versammlung steht darüber die Bestimmung zu. Was die constituirende Versammlung beschließt, das sei in Allen und Jedem unser Staatsgrundgesetz, das werde von Allen bereitwillig, ja hingebend anerkannt, es mag dem Einzelnen gefallen oder nicht. So nur gewinnen wir Einheit, Wahrheit und Kraft, und deshalb ist es, bis die constituirende Versammlung entschieden hat, eines jeden deutschen Patrioten heilige Pflicht, alles tumultuariöse Vorgreifen von der einen Seite, alles Zurücktauen von der andern Seite entschlossen und nachdrücklich abzuhalten.

Angenommen in der Sitzung des Deutschen Vereins, Leipzig, den 8. April 1848.

Für die Richtigkeit:

**Dr. Götsche**, d. J. Vorsitzender.  
**Th. Cichorius**, d. J. Schriftführer.  
**G. Mayer**, d. J. Schatzmeister.

[1185]

## Wien wie es ist.

Von **Dr. A. J. Groß-Hoffinger.**

- I. Heft: „Spaziergang durch Wien.“
- III. „ „Der Hausmeister.“
- III. „ „Der Kavaller.“
- V. „ „Der Karneval und Aschermittwoch-Lieder.“

Mit Illustrationen von **Th. Hofemann.**  
 8. Elegant geb. im Umschlage. Belinip.  
 Preis jeden Heftes 1/4 Thlr. = 27 Kr. N. = 24 Kr. C. = Mz.

Verlag von **Ign. Jackowitz** in Leipzig. [1038—40]

## Ein Hauslehrer wird gesucht.

Eine sächsische Familie evangelischer Confession, jezt in einer der lieblichsten Gegenden Böhmens nahe der sächsischen Grenze wohnhaft, wünscht ihre vier Kinder (im Alter von 6—11 Jahren) außer in den gewöhnlichen Elementarkenntnissen auch in den Anfangsgründen der lateinischen und französischen Sprache unterrichtet zu sehen, und würde vorzugsweise auf solche Bewerber Rücksicht nehmen, die, im Pianofortspiel geübt, befähigt wären, auch darin Anleitung zu geben.

Anständiges Gehalt und eine freundliche humane Behandlung werden zugesichert und betreffende Anträge unter Adresse **F. H. poste restante Chemnitz** entgegengenommen. [1151—52]

## Unterweisung

zum **Unterricht über Felddienst** für **Bataillonschulen.**

Von einem Königl. Sächsischen Infanterieoffizier. Geh. 12 1/2 Ngr. [1178]

Im **Verlagsbureau** (Königsstraße Nr. 4) sowie in allen Buchhandlungen in und außer Leipzig ist zu haben:

## Robert Blum.

Ein Charakterbild für Freunde und Gegner.

Von **Hr. Frey.**

Motto: „Das Gesetz seine Waffe, Das Recht sein Ziel, Die Freiheit der Kampfpreis.“

Zweite vermehrte Auflage.

8. Brosch. 8 Ngr. [1183]

## Theater der Stadt Leipzig.

**Montag, 10. April. Der Verschwendter,** Zaubermärchen mit Gesang in 3 Acten von Ferdinand Raimund, Musik von Conradin Kreutzer. **Valentin, Herr Wallner.**

**Dienstag, 11. April. Dorf und Stadt,** Schauspiel in zwei Abtheilungen und 5 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer. **Kindenwirth, Herr Wallner; Korle, Fr. Kreisshmar.**

Ein **Commis**, welcher im Manufactur-, Colonial- und Eisenwaarengeschäft conditionirt hat, zur Zeit in Preußen am Comptoir arbeitet und empfehlende Zeugnisse besitzt, sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein passendes Engagement. Geneigte Offerten bittet man unter dem Zeichen **H. & L. # 9** auf hiesiger Stadtpost niederzulegen. **Leipzig.**

## Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Karl Borsdorf in Frauenstein mit Fr. Wilhelmine Böhm. — Hr. Friedrich Körner in Schneeberg mit Fr. Rosalie Reismann. — Hr. S. Rachmann in Neuzelle mit Fr. V. Selchow in Bomst. — Hr. Adolf Pfänder in Jüllschau mit Fr. Ottilie Grünberg in Frankfurt a. D. — Hr. Kaufmann Franz Raabe in Kassel mit Fr. Ottilie Müller in Burg. — Hr. Dr. Sommer in Frankfurt a. D. mit Fr. Clara Pfingner.

**Geboren:** Hr. Commerzienrath Förster in Grünberg ein Sohn. — Hr. Justizamtsdirector Wiesbeck in Potsdam eine Tochter. — Hr. M. Gutschalt in Frankfurt a. D. eine Tochter. — Hr. A. W. Hayn in Berlin eine Tochter. — Hr. Karl Lemm in Berlin eine Tochter. — Hr. A. Richter in Berlin eine Tochter. — Hr. C. F. Wilhelm in Leipzig ein Sohn.

**Gestorben:** Frau Obristlieutenant Agnes Boden in Wolframshausen. — Frau Auguste v. Czudnowski in Königsberg. — Hr. Dr. W. Franke in Bleicherode. — Hr. Oekonomiamann Graevenhorst in Leipzig. — Freifrau Luise v. Gutsmied in Leipzig. — Frau Karoline v. Gadowig in Walsow. — Frau Pastor Charlotte Heyner in Leipzig. — Hr. Rentier August Heyndell in Templin. — Frau Pfarrer Ludwig in Merklingen. — Frau Johanne Rachel Rierich in Dresden. — Hr. Graf Franz v. Wrschowsky-Selkerka und Sedezicz in Gdychsen.

Die Beilage zur heutigen Nummer wird heute Abend 7 Uhr ausgegeben

Deutsch... meine... Oesterreich... prälat... Schweiz... Italien... sterium... Jesuiten... österreich... Portuga... FranFre... tionalver... penfier... Paris... Großbri... schen D... Das bro... Griechen... Nordame... fenstilla... Geuefte... Handel... Anfündi...

Leip... Deutsh... der Mitgl... zwei Tage... desselben... destens 60... klare Befeh... daran in n... thätigen W... war um so... sollte, wel... Wahlen zu... Der Vorst... war eine... worden...

Ein gr... Zusamment... volle Gestur... waterlandes... Beschlüssen... zur Vermitt... Deutschlands... folgen; ind... daß wir der... wollen, und... eine constitu... nen Vertrau... in den näch... der frankfur... constituirend... auszusprechen... sehen möchte... bekennen, d... die Gestaltu... lands die st... vollstämmlic... des umfaßt... ruhend auf... Punkte, die... folgende:

- 1) Ein... den Versamm... Bundesstaate... wirkliche... ganz Deutsc... Oeffentlichke... sches Staats... Gewicht. 5... Eisenbahnen,
- 6) Allgemei... stigt ist, Truppengattu...



## U e b e r b l i c k .

**Deutschland.** Leipzig. Der Deutsche Verein. OLeipzig. Die allgemeine Gesellenversammlung.

**Oesterreich.** Wien. Graf Bichy. Die mailänder Angelegenheit. Der Prälat des Stiftes Klosterneuburg. — Venedig. Mailand.

**Schweiz.** Bern. Ausweisungen. Der französische Gesandte.

**Italien.** Die Nationalgarde Sardinens. — Genua. Das neue Ministerium. \*Rom. Der Zug in die Lombardei. †Rom. Auflösung des Jesuitenordens. Neapel. Beleidigung des österreichischen Gesandten. Die österreichische Fregatte. Mohammed-Ali.

**Portugal.** Nachrichten aus Lissabon.

**Frankreich.** Der Orden der Ehrenlegion. Die Candidatenliste zur Nationalversammlung. Verschwendene Portefeuilles. Der Herzog von Montpensier. Algerien. +Paris. Kriegsgelüste der provisorischen Regierung. Paris. Die Ausichten.

**Großbritannien.** Parlament. Die Antwort Lamartine's an die irischen Deputationen. Die Flotte unter Rapier. Die Sachen in Kanton. Das brasilische Ministerium.

**Griechenland.** \*\*Athen. Ministerwechsel.

**Nordamerika.** Der Friede mit Mexico. Feuersbrunst in Boston. Waffenstillstand mit Mexico.

**Neueste Nachrichten.**

**Handel und Industrie.** Fruchtpreise. \*Leipzig. Del.

**Ankündigungen.**

## D e u t s c h l a n d .

Leipzig, 8. April. Ich habe Ihnen von der Versammlung des Deutschen Vereins am 6. April berichtet. (Nr. 99.) Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 173 am Schlusse der Versammlung. Heute, zwei Tage danach, waren über 1000 eingezeichnet und die Sitzung desselben, in den großen Saal des Schützenhauses verlegt, zählte mindestens 600 Personen. Es zeigte sich hiermit, daß durch das offene, klare Bekenntniß unsers Strebens, die Aufforderung zur Bethheiligung daran in weiten Kreisen einen anregenden Eindruck gemacht und zur thätigen Mitwirkung veranlaßt hatte. Diese zahlreiche Bethheiligung war um so wichtiger, als heute das Wahlmanifest berathen werden sollte, welches an Sachsen, an Deutschland wegen der bevorstehenden Wahlen zur constituirenden Versammlung in Frankfurt zu erlassen ist. Der Vorstand hatte noch 20 Mitglieder als Gehülfe gewählt und es war eine Commission zum Entwurf des Wahlmanifestes beauftragt worden. Dieser Entwurf lag gedruckt vor und lautet:

Ein großer Schritt zur Einheit Deutschlands ist geschehen durch den Zusammentritt der frankfurter Versammlung. Diese Versammlung hat volle Geltung gewonnen als ein vorbereitendes Centralorgan des Gesamtwaterlandes. Der Bund, gereinigt von einer gerichteten Vergangenheit in Beschlüssen und Personen, ist mit ihr in unmittelbare Verbindung getreten zur Vermittelung aller organischen Beschlüsse. An uns, an den Bürgern Deutschlands ist es nun, diesen angebahnten Weg zu betreten und zu verfolgen; indem wir unsern Regierungen der einzelnen Landestheile zeigen, daß wir den Beschlüssen der frankfurter Versammlung Folge gegeben sehen wollen, und indem wir an die Wahlen gehen, welche binnen vier Wochen eine constituirende Versammlung in Frankfurt mit Männern des allgemeinen Vertrauens auszurüsten haben. Unsere Regierung wird sicherlich schon in den nächsten Tagen die Wahlen dergestalt anordnen, daß auf Grund der frankfurter Beschlüsse von je 50,000 Seelen ein Abgeordneter für die constituirende Versammlung erwählt werde. Dies ist der Augenblick uns auszusprechen über die Grundsätze, von welchen wir die Wahlen geleitet sehen möchten. Indem wir uns nach unserer Ueberzeugung vor Allem dazu bekennen, daß, „nach der Lage und Art der Verhältnisse unserer Zeit, für die Gestalt und Erhaltung eines einigen, freien und starken Deutschlands die sicherste Gewähr geboten werde: durch einen Bundesstaat mit volksthümlichem Parlament, der die Gesamtheit des deutschen Waterlandes umfaßt, und in den einzelnen Staaten durch constitutionelle Monarchie, ruhend auf breiter demokratischer Grundlage,“ bezeichnen wir als die Punkte, die wir in einem deutschen Parlamente durchgesetzt haben wollen, folgende:

1) Einheit Deutschlands. Volle Macht und Pflicht der constituirenden Versammlung zur Bildung eines die deutschen Staaten umfassenden Bundesstaates, ruhend auf volksthümlicher Vertretung, und zur Verwirklichung der souverainen Gewalt der zu schaffenden Bundesmacht über ganz Deutschland. 2) Einheit der bürgerlichen und Strafgesetzgebung. Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschworenengericht. 3) Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und Freizügigkeit. 4) Gleiches Maß, Münze, Gewicht. 5) Gemeinschaftliche Maßregeln für den Verkehr, für Post, Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen. Aufhebung aller Passscherelei. 6) Allgemeine deutsche Volkswehr; sobald die äußere Kriegsgefahr beseitigt ist, Aufhebung des stehenden Heeres bis auf einen Kern aller Truppengattungen. Dagegen Schaffung einer deutschen Flotte. 7) Auf-

hebung aller innern Landeszölle. 8) Aufhebung aller auf den notwendigen Lebensbedürfnissen lastenden Steuern. Einführung einer Einkommensteuer durch ganz Deutschland. 9) Aufhebung der den Landmann und Gewerbetreibenden drückenden Lasten. 10) Beschränkung des Beamtenheeres durch Beseitigung des Zuvielregierens. 11) Freie Gemeindeverfassung. 12) Freies Vereins- und Versammlungsrecht. 13) Sicherstellung der Person vor willkürlicher Verhaftung. 14) Bülige, nur unter dem Rechtsgesetz stehende Pressfreiheit ohne alle Concessionen und Cautionen. 15) Aufhebung aller auf Geburt, Rang und Stand ruhenden Vorrechte. 16) Unabhängigkeit der Kirche vom Staate; gleiche Berechtigung jedes Glaubensbekenntnisses. 17) Beschaffung und Leitung des Unterrichts durch den Staat. Unabhängigkeit der Schule von der Kirche. Besserstellung des Lehrerstandes. Allgemeine Lehrfreiheit. Aufhebung des Schulgeldes und Einführung einer allgemeinen Schulsteuer. 18) Sorge für das geistige und körperliche Wohl der arbeitenden Klassen. Förderung desselben durch eine eigene Behörde des Staats.

Dies sind die Grundsätze, welche wir von unsern Vertretern standhaft verfochten sehen wollen. Männer solcher Grundsätze wollen wir gewählt haben. Wir wollen Alles daran setzen, keinerlei Reaction aufkommen zu lassen. Wir wollen ein einiges Volk und dadurch eine wahrhafte und wehrhafte deutsche Nation werden. Die Einheit allein und eine freie Gesammthetzgebung, welche von uns selbst und zwar von uns Allen ausgeht, bringt Pas zu Stande, was wir von den verschiedensten Standpunkten aus Alle wollen: einen starken deutschen Gesamtstaat. Die constituirende Versammlung also, aus uns Allen hervorgehend, sei die allein entscheidende Behörde für des neuen deutschen Reiches Verfassung. Darum jetzt keinen voreiligen Streit über den besondern Namen und die besondere Form dieser Verfassung! Der constituirenden Versammlung steht darüber die Bestimmung zu. Was die constituirende Versammlung beschließt, das sei in Allem und Jedem unser Staatsgrundgesetz, das werde von Allen bereitwillig, ja hingebend anerkannt, es mag den Einzelnen gefallen oder nicht. So nur gewinnen wir Einheit, Wahrheit und Kraft, und deshalb ist es, bis die constituirende Versammlung entschieden hat, eines jeden deutschen Patrioten heilige Pflicht, alles tumultuarische Vorgreifen von der einen Seite, alles Zurückstauen von der andern Seite entschlossen und nachdrücklich abzuhalten.

Die Berathung begann nach einigen einleitenden Bemerkungen. Die allgemeine Debatte wollte sich anfangs sehr zersplittern, indem namentlich von einigen Seiten die Verneinung der Republik in das Programm, oder in das Manifest, oder aber in das Protokoll gewünscht wurde. Nichts half die klare Verweisung auf die unlängst beseitigte Frage, Hr. Apel trat mit der bestimmten Forderung dieser Erklärung auf, wurde aber durch Dr. Klee's Bemerkung, daß wir dann auch zu Protokoll ohne Ende erklären müßten: wir wollen keine Tyrannei, keine Reaction, keine russische Knute, kein chinesisches Regiment ic., beseitigt. So unbedeutend ein Einwand des Hanseaten Adler war, welcher gegen die allein im Programm genannte constitutionelle Monarchie sich erhob, weil es vier deutsche Freistädte gebe, welche Republiken seien, so bedarf er doch der Erwähnung wegen der in der Versammlung erfolgenden Erläuterung, daß gegen diese Verfassungen ein Angriff nicht gemeint sei. Die allgemeine Besprechung führte zu keiner Aenderung des Entwurfs, und so ward denn zur Berathung der 18 einzelnen Punkte geschritten. Die §§. 1 bis 15 wurden fast ohne Debatten angenommen. §. 16 erregte in Mehren Widerspruch. Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und Trennung derselben von diesem erschien als etwas Verschiedenes; unter dem Letztern glaubte man die Oheraufsicht des Staats gewahrt, bei dem erstern Ausdruck das freie Schalten der Jesuiten z. B. ungehindert. Sehr entschieden sprachen der Präsident Dr. Günther und Adv. Dr. Stephani für diesen Punkt, welcher denn auch endlich nach vielfachen Verhandlungen trotz der Bereitwilligkeit des Referenten, den Ausdruck „Unabhängigkeit“ mit „Trennung“ zu vertauschen, in der gegebenen Fassung angenommen wurde, nachdem Adv. Koch noch die sich von selbst verführende Berechtigung des Staats zur Oheraufsicht bei staatsgefährlichen Vereinigungen hervorgehoben und Dr. Klee seinen darauf bezüglichen Antrag zurückgezogen hatte. In §. 17 wurde noch der Zusatz „allgemeine Lehrfreiheit“ auf Prof. Flathe's Antrag aufgenommen. Nachdem auch §. 18 unter einstimmigem Zuruf angenommen worden war, trug Hr. Dr. Götsche den von Hrn. Weigel gemachten Antrag auf Aufnahme des Wunsches einer allgemeinen Nationalbank in das Manifest vor; aber die Versammlung entschied sich dagegen. Auf Actuar Kittler's Wunsch schaltete die Versammlung in den §. 1 noch ein: Allgemeines deutsches Bundesgericht. Noch wurde von Dr. Stephani beantragt, zu dem Protokoll zu erklären: wir achten die Freiheit jeder Nationalität, aber wir werden nicht zugeben, daß irgendwo die deutsche Nationalität verlegt werde. Dagegen wurde vom Prof. Haupt erwähnt, daß es bei den Verwickelungen der Zeit ungeeignet sei, einen so allgemeinen Satz zum Glaubensbekenntniß eines deutschen Vereins zu machen, da die Nationalitäten nicht nur nicht nach den natürlichen Grenzen geschieden seien, sondern nicht einmal in dieser Ausdehnung geschieden werden könnten. Da nun Dr. Klee's Antrag, in das Protokoll aufzunehm-

men, daß das deutsche Parlament der deutschen Brüder in Posen sich kräftig annehmen möge und in diesem Sinne an dasselbe vom Berone eine Adresse erlassen werde, angenommen wurde, so betrachtete Dr. Stephani seinen Antrag als abgeworfen, und das Manifest wurde mit den wenigen Aenderungen einstimmig von der Versammlung angenommen.

**O Leipzig, 9. April.** Das erfreuliche Zeichen gesitteter Gesinnung, welches schon gestern in Bezug nur auf die Maurer- und Zimmergesellen mitgetheilt worden ist: es hat sich gestern Abend in der allgemeinen Gesellenversammlung als Gesinnung Aller auf das anerkennenswertheste durch Wort und That bewiesen. Sie wissen, daß die ganze Woche hindurch schon das Gerücht umlief, es würden gestern Abend Tumulte von Seiten der Arbeiter unternommen werden. Die Arbeiter haben diese Verdächtigung — man ist es ihnen schuldig, es auszusprechen — mit der entschiedensten Entrüstung zurückgewiesen und die Gewaltthätigkeiten ihrer Standesgenossen in Frankreich und in einigen Theilen unsers Erzgebirges schonungslos als unehrenhaft bezeichnet. Es ist übrigens sehr zu beklagen, daß sich in einer Stadt wie Leipzig, welche doch nicht zu den größten gehört und in ihrem Schoos eine ganze Anzahl täglich erscheinender, zum Theil sehr viel geleseener Tagesblätter enthält, das falsche Gerücht von der gänzlichen Schließung eines großen, viele Hände beschäftigenden Etablissements diese ganze Zeit hindurch ohne Widerlegung erhalten konnte, ohne daß es öffentlich als ein unbegründetes dargelegt wurde, um so mehr, als man wußte, daß an diesen Umständen die Befürchtungen der Ruhestörung sich wesentlich anknüpfen. So sehr ich mich nun auch freue, unserm Gesellenstande für seine ehrenvolle Haltung die vollste Anerkennung auszusprechen zu können, und so wenig ich es auch überhört habe, daß diese Mitbürger entschlossen sind, die Abstellung ihrer Beschwerden nur auf dem Wege der Ordnung und Gesetzmäßigkeit erstreben zu wollen, für so nothwendig halte ich es aber auch, meine Ansicht nicht zu verbergen, daß sich manche ihrer Wünsche entweder nur in sehr langsamem Zuge, manche überhaupt schwerlich werden befriedigen lassen.

Viele ihrer Interessen greifen zu tief in die Einflüsse der in tausendfacher Gestalt sich immer wieder aufs neue geltend machenden Wechselwirkungen der drei ewigen großen Erzeugungsmittel alles Volkswohlstandes: Arbeit, Land und Capital ein, als daß hier auf dem Wege der Gesetzgebung ein gründliches Heilverfahren für die drückenden Uebel, welche stets in Begleitung auch der naturgemähesten Entwicklung der Dinge sind und bleiben werden, aufgefunden werden könnte. So wie uns auf dem politischen Gebiete, auf welchem wir seiner neuesten Gestaltung nach, ich möchte sagen mit ungeübten Sinnen und Gliedmaßen, uns eine ganz neue Wohnung in kürzester Zeit ausbauen sollen, es der größten Vorsicht, Mäßigung und Selbstverläugnung bedarf, um nicht Fehlmäßigkeiten von den allerbedenklichsten Folgen zu treffen, eben so vorsichtig und besonnen müssen wir auf dem Felde der Volks- und Staatswirthschaft sein, wenn wir uns vor den bittersten Enttäuschungen bewahren wollen. Nachdem wir so unerwartet schnell die umfassendste Grundlage für volksthümliche Entwicklung erungen haben, bedürfen wir, um der Volksfreiheit und Volksherrschaft ein schützendes Strombett gegen Ueberflutungen auszugraben und einzudämmen, weit mehr Bürgermuth in unserer Brust als Kriegermuth gegen die drohenden äußern Feinde. Zu dessen Belebung und Stärkung möge jeder wahrhafte Freund des Vaterlandes in seinen Kreisen mit nicht ermüdendem Eifer beitragen, denn nur dann können wir hoffen, daß es gut mit uns werde.

### **Oesterreich.**

**Wien, 6. April.** Es ist der allerhöchste Befehl ergangen, den gewesenen Stadt- und Festungscommandanten von Venedig, Feldmarschalllieutenant Grafen Sichy, vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die Ungebuld des Publicums hat mit Spannung auf Nachrichten über das Schicksal der italienischen Armee gewartet, und welcher Oesterreicher wird nicht dieses Gefühl im ganzen Umfange natürlich finden. Aber erst heute ist das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Stande, das erste Mal zuverlässige Nachrichten über diese Armee ertheilen zu können, über deren Bewegungen es eben so unwissend war als das Publicum selbst. Durch neun Tage waren alle directen Nachrichten ausgeblieben; die durch das ganze Land verbreitete Insurrection hatte jede Verbindung gehemmt, und jede Absendung von Kurieren war unmöglich geworden. Der Feldmarschall Graf Radetzky konnte sich nur in massenhaften Abtheilungen bewegen und mußte sich den Durchzug überall mit den Waffen erzwingen. Diese peinliche Lage hat nun ein Ende, und die directe Verbindung mit Verona und der Armee ist hergestellt. Die Concentrirung der verschiedenen Truppen-corps ist bewerkstelligt und die Divisionen stehen echelonirt zwischen der Etsch und dem Mincio, in der Verfassung, in einer starken Position jedem feindlichen Angriffe die Stirn bieten zu können. Der Feldmarschalllieutenant Fürst Schwarzenberg, der sich mit seiner Division von Brescia gegen Lodi zog und dort mit dem Feldmarschall Radetzky vereinigte, kam zuerst

am Mincio an. Der F.-M. Radetzky wurde am 31. März in Verona erwartet, um mit dem zweiten Armee-corps die fernern Operationen vorzubereiten. Einzelheiten über die Vorfälle vom 18. März bis heute sind nicht eingelaufen, und man sieht darüber erst den weitern Berichten entgegen. Das Publicum sei sicher, daß ihm keine Nachricht, die einige Gewißheit für sich hat, verheimlicht werde, sie sei gut oder schlecht; ich halte es indeß für meine Pflicht, die öffentliche Meinung nicht durch vage und unverbürgte Gerüchte irre zu führen. Gr. Ficquelmont.

Soeben geht uns ein Schreiben des Prälaten des Stifte Klosterneuburg an den Magistrat daselbst zu, worin derselbe auf den Bezug des Bergrechtes daselbst und aller daran haftenden Schulden bis zum Erlasse einer gesetzlichen Vorschrift darüber Verzicht leistet. (W. 3.)

**Wien, 6. April.** Aus Venedig haben wir Nachrichten vom 2. April, nach welchen dort eine sehr üble Stimmung und die größte Anarchie herrschte. Man erwartete stündlich, daß es zwischen den Parteien zu Thätlichkeiten kommen würde. Die Theuerung war ungeheuer. Alle Zufuhren waren gehemmt und die englischen Schiffe, die im Golf kreuzen, ließen nichts durchpassiren. General Victor sammelt das Observationscorps bei Görz, und es heißt, er solle am 12. April seine Operationen gegen Venedig beginnen. Flüchtlinge von dort sagen in Pontafel aus, daß sich Venedig vielleicht ohne Schwertstreich ergeben dürfte, wenn sich die Armee näherte. Am 3. April, hieß es bereits in Udine, sei es schon zu Thätlichkeiten zwischen den Parteien in Venedig gekommen. (Wresl. 3.)

Aus Venedig vom 31. März schreibt man, daß ein Corps Romagnolen in Vicenza eingerückt sei, und daß die Brescianer dem Marschall Radetzky eine Schlappe beigebracht hätten.

Die **Venediger** Zeitung vom 31. März bringt folgendes Decret der provisorischen Regierung: In Anbetracht der engen Verbindung, die zwischen der österreichischen Regierung und dem Lloyd bestanden; in Anbetracht, daß die Schiffe dieser Gesellschaft für den Krieggebrauch Oesterreichs, das keine andere Marine hat, dienen können, beschließt nach Anhörung der Handelskammer: 1) den Dampfschiffen des Oesterreichischen Lloyd ist bis auf weitere Anordnung der Eintritt in die Häfen der Republik Venedig untersagt; 2) dem Dampfer Erzherzogin Sophie, der in diesen Häfen unter der Sauegarde Venedigs eingelaufen, wird die Abfahrt gestattet; 3) den übrigen Kauffahrteischiffen bleibt nach den bestehenden Vorschriften des 29. I. M. der Eintritt frei. Venedig, den 31. März 1848. Der Präsident Manin. Pincherle. Zenari.

Ferner enthält sie ein Schreiben aus Udine vom 27. März, worin die am 24. März eingefetzte provisorische Regierung für Friaul namhaft gemacht wird; sie besteht aus: Antonio Caimo Dragoni als Präsidenten, ferner Prospero Antonini, Advocat Billiani, Cancianini, Corvetta, de Rardo, Fabris, Plateo, Pletti, Lazzato, della Torre als Mitgliedern.

Die **Mailänder** Zeitung vom 29. März bringt in ihrem officiellen Theile die Bekanntmachung, daß zufolge Decrets vom 25. März anstatt des aufgehobenen Guberniums der bereits bekannt gegebene Staatsrath die Geschäftsführung der lombardischen Provinzen anträte. Auch enthält sie den Stand und das Reglement der Sicherheitswache, die aus 600 Mann besteht, nebst der Ernennung der Hauptleute und Adjutanten. Ferner wird eine technische Commission ernannt für die Wiederherstellung der an den Gebäuden und sonstigen öffentlichen Monumenten durch den Krieg verursachten Beschädigungen.

Die **mailänder** Regierung, welche am 30. März die Juden emancipirte, erklärte am 31. März, es hätten jetzt alle lombardischen Städte sich an sie angeschlossen, und hätten bereits ernannt oder würden binnen kurzem ernennen Repräsentanten, welche in der provisorischen Regierung sitzen werden. Auch Padua, Modena und Parma sind mit der mailänder Regierung in Correspondenz getreten, um zu berathen, wie Italiens Einheit zu sichern und zu befestigen sei. Karl Albert war am 30. März mit 12,000 M. in Lodi eingerückt, wo er noch am 31. März Morgens stand. Die Colonne des Generals Arcioni rückte am 30. März in Brescia ein, gegen welche Stadt sich 5000 Piemontesen unter General Ves bewegen. Die österreichischen Vorposten standen am 30. März vier Miglien von Brescia bei Boffalora. Der Kern der Oesterreicher hielt sich bei Castenedolo, Montechiaro und Umgegend auf; österreichische Truppen standen außerdem in Mantua, wo sich die Bürger an sie anzuschließen scheinen, ferner in Peschiera und der Umgegend von Rezzato. Zwischen Mailand und Brescia sind die Wege frei von den Kaiserlichen; über Brescia hinaus sind sie von Mailand her nicht „practicabel“. In Parma ist zwischen dem noch keineswegs von dort entfernten Herzog und seinem Volke mindestens für den Augenblick Versöhnung eingetreten; am 25. März fuhren der Herzog und sein Sohn aus und erhielten vom Volke „wahnsinniges“ Beifallrufen. In Piacenza dagegen, nachdem die Oesterreicher am 26. März abgezogen waren, erhob sich sogleich das Volk unter dem Rufe: „Nieder mit dem Herzoge!“ und wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, die einweilen das Regiment führt. Eine Bürgerversammlung,

die noch  
stung; ein  
Verzeichn  
über Das  
men sind

**Ma**  
geschicht  
truppen  
Castelluc  
schäftlich  
züge in di  
den Oglia  
sige der U  
Tagesanbr  
nonendon  
dem die U  
sowie Pef  
General V  
gestern M  
Antignate

Die p  
erlassen:  
neten unse  
Waren wir  
auch inmit  
ren, ohne  
Gabrio C

Das  
Die Feinde  
erworben  
gegenseitige  
diesen Kun  
breiten, di  
Das Siche  
bestehen u  
welchem die  
waren. W  
zusien such  
nicht die G  
besonnenen  
Geschrei sei  
Präsident,

— Das  
hut des pi  
den Ticino  
in Crema;  
selbst in C  
zu ziehen;  
mungen d  
1. April  
Brescia, i  
bewegte si  
nach Veron  
lösung der  
len nicht v  
sammeln.

— Die  
die Nachrid  
lombardisch  
Beifall gel  
um nöthig

**Bern**  
stiz- und  
Landesfrem  
die Berner  
von Basela  
denfalls z  
etwas freie  
Zeitereignis  
aber damit  
der Human  
dern Seite  
Schweizer  
sen noch in  
lien nöthig  
Gewerbsfl  
tete französ

Raut  
den Dienst

die noch am 26. März gehalten wurde, beschloß die Zerstörung der Festung; eine andere am 27. März beschloß im Saale der Commune Verzeichnisse anzulegen, in welche die Bürger sich mit ihren Ansichten über Das, was jetzt geschehen soll, kurz einschreiben sollen. Viele Stimmen sind für Unterwerfung unter Karl Albert.

**Mailand, 31. März.** Von einem Kurier, der nach Mantua geschickt wurde, wird berichtet, daß er auf Infanterie- und Cavalerietruppen stieß, die wahrscheinlich aus Mantua kamen und denen er bei Castelluchio begegnete. Der Dienst in jener Stadt wurde gemeinschaftlich von Bürgern und Kaiserlichen versehen, welche häufige Streifzüge in die Umgegend machen. Wegen der Besetzung der Brücke über den Oglio bei Marcaria fand ein Scharmügel statt; sie blieb im Besitze der Unsrigen. Von der Brücke hierher sind die Straßen frei. Bei Tagesanbruch hörte man zwischen Sigognolo und Piadena fernem Kanonendonner. Die Wege über Brescia hinaus sind nicht gangbar, indem die Umgebungen von Rezzato von den Oesterreichern besetzt sind, sowie Peschiera noch immer in ihrer Gewalt ist. Der commandirende General Manara, an der Spitze der ersten lombardischen Legion, ging gestern Morgen im Eilmarsche von Treviglio nach Antignate ab; von Antignate aber zog der Commandirende Camperio in Eile nach Chiari.

Die provisorische Regierung hat folgende Proclamation erlassen: Mailand, 26. März. Wunder von Tapferkeit und Muth bezeichnen unsern höchst blutigen Kampf. Bürger! schänden wir ihn nicht! Waren wir milde inmitten des Feuers und des Blutes, so seien wir es auch inmitten der Freude über unsern Sieg. Bleiben wir, was wir waren, ohne Mäkel, ohne Furcht. Achtung für das Leben der Gefangenen! Sabrio Casati, Präsident, und neun andere Unterschriften.

Das öffentliche Sicherheitscomité erließ folgende Anzeige: Die Feinde der brüderlichen Vereinigung, die wir uns mit unserm Blut erworben haben, suchen mit den gottlosen Künsten der alten Polizei das gegenseitige Mißtrauen unter den Bürgern wieder zurückzurufen. Unter diesen Kunstgriffen ist der traurigste jener, daß sie Listen von Spionen verbreiten, die, wie sie behaupten, aus authentischen Registern gezogen sind. Das Sicherheitscomité, o Bürger! steht euch dafür, daß derlei Listen nicht bestehen und nicht einmal unter dem alten Systeme bestehen konnten, in welchem die Namen der Angeber in den Schatten falscher Anzeigen gehüllt waren. Wer immer durch Verbreitung von Spionsnotizen Uneinigkeit auszusäen sucht, ist als ein Feind seiner Brüder anzusehen. Lassen wir ja nicht die Ehre der Bürger in der Willkür der Privatrathe und einer unbesonnenen Leichtgläubigkeit. Berathen wir den eiteln Lärm und unser Geschrei sei Sieg und Verzeihung. Mailand, 27. März 1848. Fava, Präsident, und fünf weitere Unterschriften.

Das mailänder Bulletin vom 1. April früh lautet: Die Vorhut des piemontesischen Heeres, von dem bereits ungefähr 40,000 M. den Ticino überschritten haben, stand am 31. März unter General Trotti in Crema; am 1. April muß der Kern des Heeres unter dem Könige selbst in Crema eintreffen. Die Oesterreicher scheinen sich nach Verona zu ziehen; das offene Feld zu halten wird ihnen durch die Ueberschwemmungen des Flachlandes unmöglich gemacht. Dasselbe Bulletin vom 1. April Abends sagt: Die Oesterreicher seien vier Miglien jenseit Brescia, über St. Eufemia hinaus. Das vom 2. April endlich: Gestern bewegte sich Radeky mit 6000 M. von Montechiaro über Desenzano nach Verona; voran gingen ihm Commissare, welche überall zur Auflösung der Nationalgarde u. auffoderten; Mord und Plünderung stellten sich vor. In Verona werden sich 22,000, in Peschiera 2500 M. sammeln. (N. 3.)

Die Mailänder Zeitung vom 30. März berichtet, in Mailand sei die Nachricht eingetroffen, daß die französische Regierung die jetzige lombardische Regierung anerkenne, dem Verfahren Sardinien seinen Beifall gebe, und ein Heer von 60,000 M. am Bar aufstellen wolle, um nöthigenfalls die Sache Italiens zu unterstützen.

### Schweiz.

**Bern, 1. April.** Großes Aufsehen erregt hier die von dem Justiz- und Polizeidirectorium angeordnete plötzliche Ausweisung aller Landesfremden und selbst cantonfremder Schweizer, in deren Heimat die Berner das Niederlassungsrecht nicht besitzen. Mehrern Bürgern von Basel-Stadt wurden so ihre Läden plötzlich geschlossen. Diese jedenfalls zu strenge und inhumane Maßregel mag wol zunächst von etwas freien Aeußerungen herrühren, welche von den dem Einflusse der Zeitereignisse nicht entgangenen Handwerkern gethan wurden. Uns scheint aber damit jedenfalls dem Brotneide mehr gedient als dem Princip der Humanität und der Freiheit des Handels, wenn auch auf der andern Seite nicht zu verkennen ist, daß die Engherzigkeit selbst mehrerer Schweizercantone, wie namentlich der Stadt Basel, wo das Zunftwesen noch in vollem Flor existirt, die bernische Regierung zu Repressalien nöthigen mußte, wenn nicht die Unzufriedenheit des einheimischen Gewerbestandes den Gipfelpunkt erreichen sollte. — Noch ist der erwartete französische Gesandte, General Thiard, nicht hier eingetroffen. (N. 3.)

### Italien.

Laut der Rega, einem genueser Blatte, versieht die Nationalgarde den Dienst in den vorzüglichsten Städten Sardinien's, und alles Mi-

litair wird nach der Lombardei entsendet. Dieses Blatt meint, in zwei Tagen werde das sardinische Heer in der Lombardei auf 74,000 M. sich belaufen.

Der Mailänder Zeitung wird aus Genua vom 27. März geschrieben: Gestern langte hier der Befehl an, die Forts und sämtliche Batterien schleunigst zu armiren. Die Bewaffnung unserer Kriegsschiffe ist auch begonnen. Sämtliche italienische Jünglinge werden aufgefordert, sich in das ruhmvolle Heer des Königs von Sardinien einzureihen, um die Oesterreicher für immer aus Italien zu vertreiben. Der Marinerrath hat auch ein Manifest publicirt, durch welches eine außergewöhnliche Aushebung für die Marine angeordnet wird; 1200 Mann werden requirirt.

Nach Berichten aus Genua war das neue Ministerium in Neapel so bestimmt gewesen: Troja, Präsident; Cariati, äußere Angelegenheiten; Ferrigno, innere; Ulloa, Director des Departements des Innern; Pepe, Krieg und Marine; de Luca, öffentlicher Unterricht; degli Uberti, öffentliche Arbeiten; de Vieto, Finanzen; Consorti, Cultus; Saliceti, Gnade und Justiz; Balduochini, Ackerbau. Die Genannten hatten die Annahme des Ministeriums unter Anderm davon abhängig gemacht, daß die Kammern das Recht hätten, das Statut zu revidiren, und constituirende wären. Hierauf war der König nicht eingegangen; und so hing noch Alles in der Schwebe. (N. 3.)

**Rom, 28. März.** Das politische Interesse unsers Publicums, alle seine neuerwachten vaterländischen Sympathien, wie andererseits alle Kraftanstrengungen der Regierung leben und schaffen seit fünf Tagen nur in Rom als ihrem Focus. Alles ist hier aus tiefster Ruhe in das Extrem der höchsten Bewegung in einem Wurf, über alle naturgemäßen Uebergangsmittel durch eine Reaction hineingeschleudert, welche den Boden auch für die Füße der auftretenden Liberalen zu wankend macht und alle Verhältnisse nach und nach aus ihren Fugen treibt. Doch verlieren sie unter den immer allgemeiner werdenden Wirren ihr Hauptziel, einen italienischen Kreuzzug gegen die Oesterreicher ins Leben zu rufen, nicht einen Augenblick aus den Augen. Die Geistlichkeit dient dabei als freiwilliges Organ, durch die begeisterndsten Reden die Menge zum Kampf anzutreiben. Auch blieb ihr in der That keine andere Wahl, als entweder die Aufgabe ihrer zeitherigen Existenz im Festhalten an dem alten System, oder das praktische Eingehen auf den Willen der liberalen Volksführer und darin ihre einstweilige Erhaltung. Nicht in Kirchen, auf Straßen und Plätzen allein, sondern überall, wo sich Menschen zusammenfinden, steht ein weltlicher oder geistlicher Redner auf und predigt unter unglaublichem Erfolg das politische Evangelium des Tages. Gestern Abend sah ich im Café degli Scacchi am Corso, als ein solcher Freiheitsapostel auch dort eintrat. Er entblöhte sein Haupt und zeigte dem zahlreichen Publicum die priesterliche Tonsur mit der Bemerkung, er sei ein Pole. Darauf ergoß er sich, nach vorausgeschicktem Gebet und vielen Bektreizungen, in eine lateinische Predigt gegen Oesterreich und Rußland, deren gewaltiges republikanisches Feuer mit den vielen anwesenden Italienern auch zwei neben mir sitzende Engländer zu so lauter Manifestation ihrer Sympathien entzündete, daß sie sogleich die herumgereichte italienische Nationalcocarde an ihren Hut steckten, um mit für die Lombarden zu sechten. Gegen den Kaiser Nikolaus, sagte er in seiner Rede, sollten die Italiener mit den Polen los schlagen, sobald die Lombardei frei sei. Wie in den letzten Tagen, sind auch heute wieder Freischaren aus Rom nach Bologna vorgerückt. Die meisten unter ihnen verzichten auf ihre Rückkehr und machten ihr Testament. Ein römischer Notar versicherte mir, er und seine Collegen hätten während der letzten fünf Tage mehr mit Testamentsbestimmungen zu thun gehabt als in den letzten fünf Jahren. Gestern zogen 75 Söhne wohlhabender römischer Juden mit den Freicorps von dannen; heute gegen 100 der ärmern Familien des Ghetto. Dafür predigt aber auch Pater Ambrosoli mit apostolischem Feuer für ihre Emancipation. Unter andern Personen von gesellschaftlicher Stellung ist auch der im Jahre 1831 oft genannte General Armandi als Gemeiner in die Reihen der Freiwilligen eingetretten. Während die Besten aller Klassen und verlassen, bleibt das der öffentlichen Ruhe so gefährliche Gesindel zurück. Der Polizeiminister Galletti hat Alles aufgeboten, sie zu einem freiwilligen Enrolement zu bewegen, allein vergeblich. Es scheint vielmehr, als sei von dieser Seite her den begüterten Einwohnern Roms ein Handstreich zugebacht. Dazu ist die Polizei thatsächlich unterrichtet worden, daß sich unter den wenigen noch hier gebliebenen Gendarmen oder vielmehr deren Chefs gar manches Individuum findet, das aus Freundschaft und Interesse für den Rückschritt nichts mehr als eine Störung der Ruhe wünscht. Die Bürgergarde hat sich daher den bisher noch von der Gendarmerie versehenen Dienst der Bewachung der öffentlichen Gefängnisse von der Regierung erbeten, soll auch schon morgen mit scharfen Patronen, der Mann 25 Stück, beim Patrouilliren versehen werden, um für alle Fälle bei der Hand zu sein. Heute wird versichert, man werde eine gezwungene Conscriptio vornehmen, falls die Lombardei für ihren begonnenen Kampf deren bedürfe. Wenn die aus Be-

nedig und Mailand heute uns zugegangenen Nachrichten gegründet sind; so läme diese römische Hülfe für ihre nächsten Zwecke zu spät, da in Venedig am 22. März durch Daniele Manin die Republik verkündigt sein und Mailand sich selbst befreit haben soll. Dessenungeachtet befehlt heute ein Rundschreiben des Ministers Recchi allen Provinzialpräsidenten, die in ihren resp. Communen zusammengetretenen Freischaren so schnell und so gut als möglich mit Waffen und Munition zu versehen, da es dem Minister unmöglich gewesen wäre, davon im Auslande, bei den vielen Nachfragen von allen Seiten, noch mehr zu kaufen.

Das römische Volk ist sowol von den Priestern wie von der Regierung zu außerordentlichen Beiträgen für die Bewaffnung der abziehenden Freischaren aufgefordert worden, und zwar nicht vergebens; denn in den letzten drei Tagen brachte es an baarem Gelde und kostbaren Schmuckstücken die Summe von 58,000 Thlr. für das Kriegsministerium auf. In den Provinzen müssen die Communen den Volontairs einen vierzehntägigen Sold vorauszahlen, welchen der Minister des Innern alsbald wieder zu erstatten verspricht.

**Rom, 28. März.** Wegen der Verletzung des österreichischen Wappens ist wirklich keine Genugthuung gegeben worden. Denn das kann man doch nicht dafür ansehen, daß in der *Gazetta di Roma* im officiellen Theil ein nicht unterzeichneter Artikel Bedauern über den Vorfall aussprach, und zwar auch dies nur beiläufig, da er eigentlich dazu bestimmt war, das Gerücht zu widerlegen, als hätte der österreichische Legationssecretair die Erlaubniß zur Abnahme des Wappens erteilt. Dreizehn österreichische Wappenschilder sind an jenem Tage heruntergerissen worden: eins am deutschen Kirchhofe der Katholiken, eins an einer Kirche, zwei an den Häusern von Fürsten, die österreichische Orden besitzen und deshalb das kaiserliche Wappen neben dem ihrigen aufgehängt hatten. Damit, daß die Regierung nichts davon gewußt hätte, kann sie sich keineswegs entschuldigen. Denn am 12. März, drei Stunden vor dem Angriffe, fuhr der Gesandte einer Großmacht zum Papst, um ihm die Absicht des Volks gegen die Wappen anzuzeigen. Der Papst nahm ihn nicht an, da er beim Frühstück wäre. Der Gesandte fuhr darauf zum ersten Staatssecretair, welcher ihm antwortete, daß sei wol nur ein leeres Gerücht; es würde die Aufregung nur vermehren, wenn man die Bürgergarde aufbäte. So geschah nichts. Indes hatten die Italiener den Tisch, auf dem sie Beiträge zum Hülfzuge nach der Lombardei sammelten, an das österreichische Gesandtschaftshotel gestellt. Der Gesandte wendete sich noch spät Abends an den Papst und wirkte den Gegenbefehl aus, da der Platz vor dem Palaste mit zum Grundstück gehört. Auch rückten wirklich gestern Morgen die Geldsammler ihren Tisch an die gegenüberliegende Seite, doch als die Sonne kam, gingen sie wieder an ihren alten Platz, angeblich des Schattens halber. Den Ruf *fuori barbari* hört man bei allen Gelegenheiten.

**Rom, 30. März.** Der Polizeiminister Galetti hat der Deputation der römischen Casinos, die um die Auflösung des Jesuitenordens nachgefucht, folgende Antwort erteilt: „Es ist mir angenehm, Ihnen ankündigen zu können, daß in der gestern Abend mit Sr. Heil. gehaltenen Sitzung von demselben die Entfernung der Gesellschaft Jesu beschlossen worden ist, und daß die letztere baldmöglichst die Stadt zu verlassen hat. Sr. Heil. hat mich beauftragt, diesen seinen Entschluß öffentlich bekannt zu machen. Dem Cardinal Casarane wurde der Auftrag erteilt, den Beschluß Sr. Heil. unmittelbar dem General Roothan zu insinuieren. Die Administration der Güter dieser Väter (für Rechnung des Staats) ist vorläufig dem Cardinal Bizzardelli übertragen.“ Die durch Strafenanschläge erfolgte Publication dieses Beschlusses erregte in der ganzen Stadt die freudigste Bewegung. Der Orden ist nicht geradezu aufgehoben, weil der Act der Aufhebung notwendig eine Untersuchung und einen Proceß veranlaßt hätte, den der Papst aus guten Gründen zu vermeiden wünscht. Es ist eine bloße Verbannung aus den päpstlichen Staaten. Jeder andere Staat, der ihnen als Orden Aufnahme verstaten will, hat dazu freies Recht, wie wol sich mit hinlänglichem Grund annehmen läßt, daß nach diesem Ausspruche des Papstes in Europa nicht sonderlich viel für diese Gesellschaft zu hoffen ist. Die erste Veranlassung zu dem Entschlusse des Papstes gab, wie wir wissen, eine eigenhändige Mittheilung des Königs von Sardinien, begleitet von Beweisen des staatsgefährlichen Wirkens des Ordens. Am 28. März Abends gegen 9 Uhr versammelte sich eine große Anzahl junger Männer vor dem Collegium Romanum und zertrümmerte unter dem furchtbaren Rufe *Abasso i Gesuiti, fuori d'Italia i nemici dell' ordine pubblico*, sämtliche Fenster. Diesen Morgen war das Collegium Romanum sowie die dazu gehörige Kirche S. Ignazio geschlossen. Vor dem einen Thore desselben harrte eine zahlreiche Volksmenge, begierig, den auswandernden Vätern eine glückliche Reise zu wünschen. Sie verließen einzeln, theils in weltlicher, theils in priesterlicher Kleidung ihren bisherigen Sitz. Ebenso sind die andern Professhäuser geschlossen. Rücksichtlich der persönlichen Sicherheit des Papstes hat man von Seiten der Guardia nobile im Palaste selbst die größtmöglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die

gesammte Guardia nobile hielt während der ganzen Nacht sowie auch heute und fernerhin alle Treppen und Zugänge zu den päpstlichen Zimmern besetzt.

**Neapel, 27. März.** Dem österreichischen Gesandten wurde vorgestern Nacht von einem Haufen Leute das Wappen abgerissen und zerstört. Wie man hört, wird er abreisen, nachdem er vorher und mit ihm die Repräsentanten von England und Preußen gegen diese Beleidigung protestirten. — Die auf unserer Rade gelegene österreichische Fregatte ist gestern nach Venedig absegelt, in der vorhergehenden Nacht war auf derselben eine Meuterei ausgebrochen, die österr. Flagge abgerissen und die Tricolorflagge aufgesteckt worden. — Morgen will Mohammed-Alli wieder nach Alexandrien zurückreisen. (D. 3.)

### Portugal.

Aus **Lissabon** melden Nachrichten vom 29. März, daß die Ruhe nicht gestört worden sei, und der Correspondent der *Times* bemerkt dazu, wie kein Grund bestanden habe, die Polizeipatrouillen zu verdoppeln und die Truppen zu consigniren, was seit 8 Tagen wiederholt von der Regierung angeordnet sei. Silva Cabral und die Partei gewalthätiger Maßregeln wollten auf die Kunde von der französischen Revolution sofort Ausnahmeschritte thun, um einer gefürchteten Bewegung vorzubeugen. Der Graf v. Thomar aber, Bruder von Silva Cabral, und einige gemäßigtere Männer der herrschenden Fraction, widersetzten sich mit dem Herzoge von Saldanha, und man glaubte anfangs, Silva Cabral und die mit ihm stimmenden Minister Gorjao und Albano, des Innern und der Justiz, würden ein neues Ministerium zu bilden beauftragt werden. Indessen scheint die Königin doch besser berathen, und nach der letzten Ansicht werden vermuthlich Gorjao und Albano abtreten und durch gemäßigtere Männer ersetzt werden.

### Frankreich.

**Paris, 5. April.**

Die provisorische Regierung ist unter Anderm auch damit beschäftigt, für den Orden der Ehrenlegion eine neue Organisation zu entwerfen.

— In **Paris** werden vier Listen von zu der Nationalversammlung empfohlenen Candidaten aufgestellt. Die vom republikanischen Centralcomité hat den Mangel, wie ein Blatt dazu bemerkt, daß nur 5—6 Arbeiter aufgenommen sind; die vom republikanischen Comité für Freiheit der Wahlen läßt zwar mehr Arbeiter zu, hat aber auch eine Anzahl Namen der frühern Ordnung der Dinge im Auge; die Liste der demokratischen Clubs soll ganz exclusiv sein und die der Corporationen 17—18 Arbeiterrepräsentanten annehmen wollen.

— Der *National* schreibt, es seien aus den Tuilerien zwei große Portefeuilles verschwunden, in denen Ludwig Philipp seine geheimste Correspondenz und namentlich Schriften verwahrt habe, die er wider Personen benutzen konnte, die sich einfallen ließen, ihn oder seine Minister anzugreifen. Am 24. Febr. seien diese Papiere nicht abhandeln gekommen, sondern erst kürzlich, und der *National* fragt öffentlich, wie? Viele Personen, welche mit ihm den Druck jener Papiere dringend wünschten, vermöchten sich die Sache nicht zu erklären.

— Bei der provisorischen Regierung soll eine telegraphische Depesche eingegangen sein, welche die Landung des Herzogs und der Herzogin von Montpensier in St. Sebastian meldet.

— Aus **Algierien** sind Nachrichten bis 30 März vorhanden, welche von der am 24. März erfolgten Begrüßung des neuen Generalgouverneurs, Generals Cavaignac, durch die eingebornen Chefs und Raids der Provinz Algier berichten. Der Gouverneur hatte ihnen erklärt, daß die in Frankreich erfolgte Veränderung keine in Algierien mit sich bringe und daß er sie in ihrer Religion und nach den Gesetzen schützen werde. Die Häuptlinge übergaben ihm einen mit ihren Siegeln versehenen, arabisch abgefaßten Unterwerfungsact zur Beförderung an die Regierung der Republik.

— Das *Journal des Débats* äußert in Bezug auf die von Hrn. Lamartine den irischen Deputationen erteilte Antwort (Nr. 100), wie es jederzeit und bei allen Gelegenheiten seine Sympathien für das Unglück Irlands ausgesprochen habe. Ebenso bekannt aber sei seine Ansicht über die unglückselige Chimäre, die von den Irländern unter dem Namen die Repeal verfolgt werde. Daher werde denn auch Niemand sich wundern, wenn es Hrn. Lamartine in Allem, was er zur Antwort gegeben, vollständig beipflichte. Der *National* bemerkt dagegen, jedoch ohne auf Hrn. Lamartine Bezug zu nehmen, sondern indem er gegen einen Artikel der *Times* über Irland auftritt: Von der *Times* wird Irland das Recht auf eine besondere Nationalität abgesprochen. Gerade so redet der Zar mit den Polen: Das gehört mein, weil ich es genommen habe und mich mächtig genug betrachte, es zu behaupten. Waut England so fest auf das Glück, um anzunehmen, Irland werde nie den Tag anbrehen sehen, wo sein Traum von Nationalität eine Wirklichkeit wird? Irland verlangt sehnüchtig nach Trennung von England. Ist das nicht auffallend? Weshalb hat denn England während Jahr-

hundertern  
Interesse ma  
+ Paris  
sich Frankrei  
gen. In M  
lan, Straßb  
allernothwend  
bensproclama  
Rein, Frank  
Berberen, r  
reich will le  
tante: Ruh  
geht es von  
so bewundern  
zu Grunde,  
renz des gro  
matie zweifel  
nicht den Fr  
Emanuel Aro  
Euch na  
zum Ruhm u  
Brüder der A  
28. März zuf  
pen der hiesig  
des Alpenheer  
Ersten die rep  
Warnung vo  
zeugen. Euro  
renden Rückfel  
gender Feldzug  
notwendige A  
bei unserer A  
entstehen! Re  
und Blut wolk  
publik, kämpf  
Von Gr  
mehr Batai  
nach Louvet  
und einem dr  
Mann camp  
mehr ein kri  
wie St.-Jean  
Militair beset  
kanische Vorl  
um in ihrem  
publik zu pr  
freitbaren G  
flöner in Sch  
Reorganisirun  
halb hat auc  
abtrünnig, G  
meint die pro  
Journale beh  
nach der erne  
ohnt noch nic  
lich Frankreich  
gen und beff  
unterstützen w  
Italien und I  
Einigkeit und  
spielt jetzt mit  
allen Winkeln  
auf dem blut  
igkeit und se  
Republik aus  
Belgier, mit  
Irländer und e  
her die deutsc  
tion reichlich  
empfangen un  
daher die Zwi  
die zügellose,  
Mohammed's  
es der Welt f  
text, so lange  
land, als ein  
Europa, und  
ebenso geraub  
rückste Polen.  
hends wachsend  
kurz der Welt

hundertern Irland nicht auf eine Art behandelt, die es jetzt zu seinem Interesse machen würde, mit ihm vereinigt zu bleiben?

**Paris, 5. April.** Ich glaube bestimmt melden zu können, daß Frankreich ernstlich rüstet, um ganz Europa den Krieg zu erklären. In Metz, Lille, Rouen, Bordeaux, Toulouse, Marseille, Toulon, Strassburg und Lyon sind theils zu Wasser, theils zu Lande die allererforderlichsten Maßregeln ergriffen worden, um Lamartine's Friedensproclamation an alle europäischen Mächte laut Lügen zu strafen. Frankreich will keinen Frieden, seine Cäsaren suchen blutige Verbrechen, und ginge auch dabei der ganze Staat zu Grunde, Frankreich will keine Republik mit der ausschließlichen und sichersten Garantie: Ruhe im Innern und Ruhe von außen, sondern tagtäglich geht es von neuem auf Eroberungen los. Gelten sie der Civilisation, so bewundern und lieben wir es; aber die steten politischen Richtungen zu Grunde, und darum wird Frankreich bei der nunmehrigen Konkurrenz des großen, freien, einigen Deutschlands seine bisherige Suprematie zweifelsohne demnächst verlieren. Ein Beweis, daß Frankreich nicht den Frieden sucht, dürfte unter Anderm folgende Proclamation Emanuel Arago's, Commissars der Regierung in Lyon (1. April) sein:

Euch national- und rein patriotischgesinnten Bürgern gilt mein Ruf zum Ruhm und zur Größe unserer Republik müssen unsere Soldaten und Brüder der Armee gegen die Grenze rasch aufbrechen. Einer Ordre vom 28. März zufolge hat die provisorische Regierung beschlossen, alle Truppen der hiesigen Garnison zu concentriren, um alsbald die erste Division des Alpenheeres zu bilden. Welch seltene, ehrenvolle Auszeichnung, die Ersten die republikanische Fahne ins Ausland (!) zu tragen. Die brüderliche Ermahnung vor dem Abschiede wird unsere lebendigste Sympathie laut bezeugen. Eure Heldenmuthes versichert, sehen wir freudig eurer triumphirenden Rückkehr entgegen. Beherzigt nun Alle wohl, daß ein so nahe liegender Feldzug gewisse Bewegungen, gewisse Vorkehrungen und militairisch notwendige Maßregeln in den bezüglichen Truppencorps, insbesondere aber bei unserer Artillerie, voraussetzt. Möge nur kein Mißtrauen unter euch entstehen! Nein, vielmehr mit dem Aufgebot aller Kräfte, mit unserm Gut und Blut wollen wir für die heilige Sache, die Verbreitung unserer Republik, kämpfen. Arago.

Von Grenoble sind, der jüngsten telegraphischen Depesche zufolge, mehrere Bataillone Infanterie nach Voiron, sowie ein Jägerbataillon nach Tournet und der Festung Barraux marschirt. In Vienne, Nancy und einem dritten noch nicht fest bestimmten Orte werden an 100,000 Mann campiren. Kurz, ganz Frankreich gewinnt von Tag zu Tag mehr ein kriegerisches Aussehen. Wissen Sie, warum der Südosten, wie St.-Jean, Grenoble, Barraux u. so gewaltig mit französischem Militair besetzt wird? Weil die Savoyarden, als französisch-republikanische Vorläufer, indirect von der Regierung abgesendet worden sind, um in ihrem Vaterlande Propaganda zu machen und daselbst die Republik zu proclamiren. Natürlich wird Karl Albert nach dem unbestreitbaren Grundsatz: „Jeder ist Herr in seinem Hause“, die Ruhestörer in Schranken zu halten wissen, obgleich er jetzt mehr mit der Reorganisation Italiens als mit seinem eignen Staate beschäftigt ist. Deshalb hat auch Frankreich diesen günstigen Moment gewählt. Genua abtrünnig, Chambery mit ganz Savoyen republikanisch; das Andere, meint die provisorische Regierung, gehe dann schon von selbst. Unsere Journale behaupten auch ganz naiv, Savoyen sehne sich von Herzen nach der erneuerten Incorporation mit Frankreich; ich wette, Savoyen ahnt noch nichts von seines Herzens heißem Drängen. Ueberdies kann sich Frankreich so anstellen, als ob es Karl Albert in seinem großartigen und dessen schwachen Kräften nicht angemessenen Werke brüderlich unterstützen wollte, aber, könnte nur das Echo der Wahrheit in ganz Italien und Deutschland vertausendfach wider tönen! Bei der deutschen Einigkeit und Bruderliebe aller Völker sei es geschworen, Frankreich spielt jetzt mit Europa ein falsches Spiel. Deshalb wurden auch nach allen Winkeln und Enden der Erde Emisare ausgesandt, welche auf dem blutigen Boden der Zwietracht, des Hasses, der Gefesseltigkeit und selbst des Bürgerkrieges, den fruchtbringenden Samen der Republik auszustreuen berufen; deshalb sind alle Savoyarden und Belgier, mit Unterstützung der Regierung, in ihre Heimat, daher die Isländer und englischen Chartisten hier so gnädig aufgenommen, daher die deutschen Handwerkerbataillone mit Geld, Waffen und Munition reichlich versehen, daher alle ausländischen Deputationen u. warm empfangen und so begeistert apostrophirt, ja, gestehen wir es nur offen, daher die Zwietracht und der Parteikampf in Frankfurt a. M., daher die zügellose, ultra-republikanische Parteiung. Frankreich tritt ganz in Mohammed's Fußstapfen, mit Gewalt, mit Feuer und Schwert will es der Welt seinen neuesten politischen Glauben aufdrängen, es zittert, so lange Deutschland nicht auch radical gesinnt ist, denn Deutschland, als ein föderativer, rein-constitutioneller Staat, macht ganz Europa, und vor Allem Frankreich zittern; ist doch das ganze Elsaß ebenso geraubt, wie Schleswig-Holstein, die Lombardei und das zerstückelte Polen. Deutschland, einig und fest umschlungen, ist bei der zusehends wachsenden Civilisation in naher Zukunft der mächtigste, europäische, kurz der Welt gebietende Staat, was einst Griechenland und Rom,

was in letzter Zeit Frankreich und Großbritannien waren. Zittert es im Kriege vor Frankreichs Armeen? Wer kennt nicht die treffliche, musterhafte Disciplin der deutschen Heere? Wer zweifelt an dem Heldenmuth der Preußen, Sachsen, Ungarn, Böhmen, Tiroler u. c.? Zählt nicht Oesterreich im Kriegszustande mindestens 600,000, Preußen 500,000 und das übrige Deutschland 250,000 Mann? also beinahe 1,400,000! Und ist einmal Deutschland einig, dann sind Alle ein Herz, ein Leib, dann kämpft Jeder für Alle und Alle für Einen und für Eins: Freiheit und Vaterland!

Bringt daher der heutige Völkercongress in Frankfurt a. M. unter das große, freie deutsche Volk Frieden und Eintracht, dann zittert es nicht vor den Soldaten des Kaisers aller Reußen, dann scheut es nicht die wohlorganisirten französischen Heere in Metz, Strassburg, Kolmar u. c. Diesmal kämpft Deutschland nicht wie zur Zeit der ersten, großen Revolution und des französischen Kaiserreichs. Die Staaten haben sich gewaltig geändert, die Revolution vom Jahr 1848 ist eine heilig-soziale, eine rein moralische, die absolute Monarchie drückte wie ein schwerer Alp den Arm des deutschen Volks, die Völker sind nun aus dem hundertjährigen Schlummer erwacht, wohl ihnen, wohl uns! Jetzt kämpfen wir Alle, was wir mit dem Schwerte der Intelligenz der Macht der Verhältnisse abgetroßt, wir kämpfen für unser Besitztum, das wir mit unserm Herzblut endlich, spät genug, errungen; nimmt uns dies der Russe, schränkt es uns der Franzose ein, dann widerspräche sich die Geschichte und Deutschland wäre nicht würdig, frei zu sein. Deshalb möge Deutschland auf alle verblendeten, Unruhe stiftenden Landsleute, die da aus Paris und Lyon über Strassburg legionenweise nach Hause wandern, um mit dem nackten Schwerte, wo nicht mit ernstern Drohungen oder lockenden Versprechungen die Republik einzuführen, ein besonderes Augenmerk richten, ja, deshalb mögen alle Franzosen und Deutsch-Franzosen, die das doppelzüngige provisorische Gouvernement als Missionare ins Herz des Landes ausgesandt, in und um Frankfurt wohl überwacht werden, denn diese Leute sind zuletzt noch im Stande, durch Intrigue, Bestechung und Lüge das schöne, erhabene Monument zu untergraben und endlich zu stürzen, was das große, freie, redliche Deutschland Jahrhunderte lang im Schweiß und in Knechtschaft, endlich unter dem allgemeinen, donnerndsten Beifalle von ganz Europa als Beweis seiner Größe aufgezogen.

**\*Paris, 3. April.** Bald wird es Heulen und Zähneklappern geben; denn wir gehen geradeswegs auf die Hölle der Anarchie los. In der Vorhölle dazu sind wir schon seit mehren Wochen. Die honesten Leute können gar nicht fassen, daß ein so hochgepriesener Baum wie die letzte Revolution so vermaledeite Früchte tragen und so schnell zum Giftbaum werden konnte. Der innige Zusammenhang zwischen der politischen Weltansicht der Zeit und allen Gestaltungen des Staatslebens ist ihnen noch verborgen, und sie begreifen nicht, daß, wenn Irr- und Wirrlehren über Verfassungswesen, Volksrechte u. in den Köpfen, zumal in den Köpfen der Machthaber spuken, die Gespenster des Schreckens aus ihrem finstern Versteck hervorhuschen und auf öffentlichen Märkten, am hellen Mittage, einen Herrensabbath feiern müssen. Die große Mehrzahl der Gebildeten, selbst die Männer einer soliden und ernstern Gelehrsamkeit und Forschung in Frankreich glauben sich aufrichtig ordnungsliebend, sind aber zugleich in die Principien falscher Staatstheorien verstrickt und ahnen nicht, daß aus diesen Principien die Unordnung ganz consequent und nothwendig folgt. Man fällt immer nur auf die Seite, nach der man sich hinbeugt. Der Liberalismus, der halb wie der ganz demokratische, neigt aber seiner Natur und Wesenheit nach so sehr zur Unordnung hin, daß er kopf-über und blindlings darauf zurennet wie der Stier auf den rothen Lappen. Das ist das Betrübenste und Erschreckenste bei seinem Zerfallungswork. Er kennt keine höhern Gesinnungen und Grundsätze, als den Hochmuth zu stacheln, den Vorurtheilen zu weichen und bei jeder Veranlassung dem individuellen Meinen, Belieben und Troken gegen das Princip aller und jeder Autorität Recht zu geben, sodas keine Gesellschaft, bestände sie auch aus lauter Engeln, in die Länge der auflösenden Wirkung so unkluger Staatsmaximen widerstehen könnte. — Die demokratischen Schulen aller Farben fußen auf der grundirrigen Meinung, daß die Völker einzig und allein von ihrem souverainen Willen abhängen, und daß, wenn dieser einmal ausgesprochen, Alles vorbei ist. Das ist eine brutale Doctrin, denn sie hebt Recht, Moral und Staat auf, die von allem möglichen Einzelwillen unabhängig und an und für sich bestehen. Der Wille der Massen, die Abstimmung beratender Versammlungen, die Vollmachten der Regierungen stehen unter einer gewissen Regel, welche die Bahn anzeigt; die Individuen und Völker wandeln sollen, um ihre Bestimmung auf Erden zu erfüllen. Allerdings kommt es oft, nur zu oft vor, daß die Völker durch unfähige Regenten oder durch Revolutionen von dieser vorgezeichneten Bahn abgelenkt werden; aber diesen aus ihren Schienen herausgegangenen Völkern begegnet alsdann, was den Flüssen begegnet, die in Folge eines Ungewitters über ihre Ufer getreten sind: allmählig kommt

Alles von selbst wieder ins alte Gleis, die wilden Bogen senken sich und die Natur der Dinge nimmt von neuem ihren Lauf, wie die jedem Dinge inwohnenden Grundtendenzen es mit sich bringen. Es ist nicht genug, daß der Staatsmann eine bestimmte, klare und redliche Ueberzeugung in seinem Innern trage, er muß sie auch praktisch in einer stätigen, convergirenden Reihe auszuprägen wissen. Mag er zwischen entgegengesetzten Strömungen die Mitte des Fahrwassers halten; mag er zwischen streitenden Winden bald dieses, bald jenes Segel beilegen oder richten und mit halbem Winde fahren; mag er einer augenblicklichen Windstille auch von Zeit zu Zeit sich überlassen; er soll immer einen bestimmten Ort der Anknüpfung im Auge behalten und immer vom Steuer aus gegen jene Weltgegend das Antlitz kehren, damit er nicht unaufhörlich bald vor- bald rückwärts getrieben, im Spiel der Wellen, zwischen Abfahrt und Anknüpfung hin und her lavire und ewig reisend nimmer lande. Mag das Schiff noch, vom Sturm ergriffen, ohne daß er es hindern kann, durch die Windrose sich um seine Achse drehen, sein Compaß muß unverrückt immer nach dem Nordstern zeigen, damit die Gelegenheit ihn nicht überrasche, wie der Feind die Heere bei Jena und Ulm, die er, das Gesicht gegen die Hauptstadt gekehrt, zum Schlagen nöthigte. Das Ministerium des Cardinals Richelieu nimmt darum einen so großen, wichtigen Platz in der französischen Geschichte ein, weil er den Schnabel des Staatsschiffs auf die monarchische und administrative Einheit zu richtete und es trotz Wind und Wetter dahin führte. Die, welche gegenwärtig in Frankreich am Ruder sind, haben zwar auch die Augen fest auf einen flimmernden Schein geheftet, den sie den „Volksstern“ nennen; sie träumen nicht bloß Glück, sondern auch Macht für Alle, trachten nach einem Gesellschaftszustande, wo die Gleichheit unter den Menschen auf Erden wie unter den Engeln im Himmel herrscht, und vergessen die menschlichen Unvollkommenheiten, die natürlichen Ungleichheiten, die Unterschiede von physischer und moralischer Kraft, von Fähigkeit und Sittlichkeit, um sich ein Volk von Brüdern auszumalen, die ohne Harm und Hader unter der Richtschnur eines schlechterdings gleichen Rechts leben. Wie aber dieses tausendjährige Bruderverband herzustellen sei, darüber sind sie sehr uneinig und fast im Begriff, mit einander handgemein zu werden. Die Einen wollen es von selbst herbeikommen lassen mit den Fortschritten der Aufklärung, die Andern wollen es herbeiführen mit den Hülfsmitteln der Gewalt. Die Redlichsten und Friedfertigeren unter ihnen, wozu Lamartine, Garnier-Pagès, Marrast u. gehören, sträuben sich gegen die Anwendung gewaltsamer Maßregeln, übersehen aber ganz, daß das erste Bedürfnis des Volks nicht darin besteht, frei zu sein, sondern regiert zu werden, daß es weder Regierung noch Freiheit, noch Frieden, noch Sicherheit für irgend Jemand gibt, wenn die zügellose Menge durch wüthende Demagogen und Schreier in unaufhörliche Bewegung gesetzt wird. Das Volk von allen Banden befreien, es zu einer förmlichen Macht erheben, und sich schmeicheln, sie der übrigen unterzuordnen ist der Cirkel von Schwachheiten, in dem jene platonischen Staatsmänner den Grund zur Republik legen. Aber kaum, daß die Eitelkeit ihrer Urheber die Unsterblichkeit derselben gefeiert, selbst ehe sie noch das gesetzmäßige Licht gesehen hat, wankt sie schon in ihren Stützen.

Eine Republik mit gänzlicher Gleichmachung von Stand und Vermögen — das ist der Grundtext ihres Gesetzbuchs, und täglich decretiren sie ein neues Capitel. Unbefangene Beobachter bemerken mit Schrecken den wachsenden Einfluß der Clubs, die schon in imperatorischem Tone zu der provisorischen Regierung sprechen und ihr bald Gesetze geben werden. Mehre alte Schwärmer, die zum Theil im Gefängnisse den Uebermuth ihrer Hand und Zunge abbüßten, sind frei und speien nun das tödtliche Gift ihres unsterblichen Hasses in Journalen und auf den Rednerbühnen der Clubs aus. Unter diesen sind Blanqui (der Bruder des bekannten nationalökonomischen Schriftstellers), ein rastloser Anzettler von Verschwörungen, der lange in Doullens gefesselt und nun der Stifter des Club central geworden ist, wo die fürchterlichsten Motionen gemacht und die grauhaftesten Anklagen aus der Schreckenszeit vernommen werden, und Raspail, ehemaliger katholischer Geistlicher aus dem südlichen Frankreich, berühmter Naturforscher, Jakobiner von der wüthendsten Sorte, nebenbei praktischer Arzt, der Alles mit Kampher curirt, ein Mann mit großen Talenten, gründlichen naturwissenschaftlichen Kenntnissen und vielem Geiste, aber von einem unglücklichen Rousseau'schen Naturel, und von zwei bösen Dämonen, Argwohn und Scheelsucht, gepeinigt; er redigirte früher den Reformateur und gibt jetzt ein neues Journal: L'ami du peuple on 1848 heraus, welches in echt Marat'schem Geiste geschrieben ist und jede Woche zwei Mal einen Cimer Gift mit einem Tropfen Süßigkeit ausgießt. Die provisorische Regierung duldet dieses Spiel teuflischen Lebens mit himmlischer Langmuth. Wohin man sich wendet, erblickt man nichts als Beforgnisse ohne Kraft, Ideen ohne Willen, Klippen, die man für Unterplätze hält, und Ermahnungen, Anreden, Manifeste, die unermüdlischen Aufwieglern das Feld streitig machen wollen. Ein planloses Durcheinander von Vielgeschäftigkeit setzt man einem System concentrirter Thätigkeit, Metaphysik wirklichen Unternehmungen, Sittensprüche Gewaltthätigkeiten, verborgene Intriguen offenen Conspirationen, con-

stituirte Autoritäten einem über alle Autorität emporgestiegenen Bunde entgegen! Die Regierung erstickt in den Schwierigkeiten, welche ihre eignen revolutionären Grundsätze, die Geld- und Handelsklemme, die Opposition der Kryptomonarchisten und der Ultrademokraten ihr von allen Seiten machen. Ihre staatsklügern und geschmeidigern Mitglieder, Ledru-Rollin, Louis Blanc und ihre Freunde, wollen deshalb, man solle sich minder comtemplativ zu den Menschen und Ereignissen verhalten und die Grundsätze mehr nach den gegebenen Verhältnissen einrichten. Diese Spaltung der provisorischen Regierungsmänner, die schon jetzt stadtkundig ist und Anlaß heftiger Scenen und Debatten auf dem Stadthause gewesen, muß früher oder später einen offenen Bruch herbeiführen und sichert der eingreifendsten Fraction den Sieg. Lamartine, Garnier-Pagès u. repräsentiren mehr den großen und kleinen Bürgerstand, die Masse von Capitalisten, Bankiers, Rentiers, Kaufleuten, Fabrikanten und Besitzern aller Art, die bloß durch ihre Schwere und die Kraft der Trägheit einen schwachen Stützpunkt abgibt; sie haben hinter sich gar keine Macht, die sie im Nothfalle durch ihre Energie und Thätigkeit wirksam vertheidigt, und müssen bei einem ausbrechenden Conflict nothwendig dem Ledru-Rollin und seinen Anhängern unterliegen, welche sich auf die siegreichen Legionen beschlossener Arbeiter aller Gewerbe stützen. Diese Duvriersklasse, in welcher hauptsächlich das Leben des neuen republikanischen Frankreichs schlägt, und in der ein mächtiges Civilisationsmoment für kommende Zeiten liegt, setzt durch das außerordentliche Uebergewicht, das sie in die Waagschale der Vorkämpfer wirft, die plebejisch-demokratische Partei in entschiedenem Vortheil gegen die bürgerlich-demokratische, und Viele betrachten schon Hr. Ledru-Rollin als eine Art Dictator der künftigen Arbeiterrepublik. In einer muntern Gesellschaft schalt ihn neulich Jemand einen Robespierre, worauf ein geistreicher Franzose lächelnd äußerte: das sei doch zu viel gesagt; höchstens sei er ein Robespierre de Carneval, ein Robespierre gras (ein fetter Robespierre), ein sehr wichtiges, feines Wortspiel, welches sich im Deutschen nicht wohl wiedergeben läßt, übrigens leicht zu verstehen ist, wenn man weiß, daß Hr. Ledru-Rollin ein äußerst starker, corpulenter Mann ist und die letzten Tage des Carnevals hier zu Lande die fetten Tage, les jours gras, heißen. Wir wollen der Advocat keines Menschen sein, jedenfalls darf aber gesagt werden, daß augenblicklich keine Persönlichkeit so stark in den Vordergrund tritt als die des Hrn. Ledru-Rollin. In den höhern und mittlern Ständen ist er sehr unbeliebt; da haßt und fürchtet man ihn meistens, sagt ihm allerlei Böses nach und bürdet ihm allein die ganze Schuld an den schlimmen Dingen auf; aber wenn man die Duvriers fragt: wer ist euer Mann? so steht er immer oben an mit Louis Blanc, und oft ganz allein; auch hat er schon eine Art populärer Leibgarde, und sein Ministerhotel wird nicht, wie die andern Ministerien, gemeinschaftlich von stehender und mobiler, sondern ausschließlich von mobiler Nationalgarde bewacht. Ebenso sprechen er und seine Freunde in ihren Reden und Manifesten immer nur vom peuple, d. h. von der großen Volksmasse, die früher keine Stimme in der politischen Gesellschaft hatte und auf welcher fortan die Herrlichkeit des neuen Staatsgebäudes ruhen solle. Es ist schon über 2000 Jahre her, daß man über den Streit des Magens und der Glieder lacht, und doch dauert dieser Streit immer noch fort; denn wenn man die ausschließlichen, einseitigen Doctrinen der meisten Journale und Notabilitäten untersucht, die jetzt hier den Ton angeben, so wird man finden, daß die Demokratie noch nicht vom heiligen Berge heruntergestiegen und durch die weisen Scherzreden des Menenius Agrippa noch immer nicht belehrt ist.

### Großbritannien.

London, 4. April.

Der Earl of Aberdeen brachte gestern im Oberhause den Einmarsch sardinischer Truppen in die Lombardie zur Sprache. Die österreichische Politik möge gut oder schlecht gewesen sein, sie sei jedenfalls keine aggressive gewesen, während König Albert die Lombardie verschlucken zu wollen scheine. Dieser Monarch sei der erste gewesen, welcher in diesen unruhigen Zeiten die öffentliche Richtung Europas durch einen Einfall in einen befreundeten Nachbarstaat verletzete, und die Frage, welche er erheben wolle, indem er die Worte gebrauchte, welche bei der jüngst gegen Oesterreich gegebenen Erklärung angewendet wurden, als dasselbe aggressiver Absichten auf Sardinien beargwohnt wurde, diese Frage sei, ob die britische Regierung irgend eine Mittheilung an Sardinien gemacht habe, daß ein Angriff und die Verletzung der Verpflichtungen, welche den König von Sardinien und England binden, von Großbritannien gleichgültig mit angesehen werden würde. Der Geheimrathspräsident Marquis of Lansdowne antwortete:

Ich wünsche keineswegs die Wichtigkeit der Ereignisse zu läugnen, welche der edle Lord soeben erwähnte, und ich kann auch kein Bedenken hegen, seine Frage, wie er sie vor wenig Stunden mir mitgetheilt hat, zu beantworten. Gleichzeitig aber bin ich überzeugt, daß auch der edle Lord entschuldigen werde, wenn ich nicht auf irgend welche allgemeine Bemerkungen über diesen Gegenstand eingehe, Bemerkungen, deren es mehr oder weniger weise, mehr oder weniger klug sein mag in Betracht der allgemeinen Beziehung dieses Landes sich zu enthalten. Der

Gegenstand, an mich richtete, Folge des eingehaltenen Ich bin überzeugt, daß bei der Mönche über die Lombardie, durch irgend eine Abgleichung der abgleich von recht hielt, ich auszusprechen regten Zustand König von Sardinien zu bewerkstelligen Ministerium gekommen es zuögerung der hauptsächlich die österreichische Lombardie zu belangenwärtigen für berechtigter factische Zust ob in dem F der Lombardien Vortheil zum Herrn je gen, daß der Rath der britischen Repräsentanten dem östlichen und mit

Im Untzeichnete Wit ein, deren b schmäler hat Arbeitszeit e Sir R. In g knüpfung dip sprach der P der Vorlagen aus, daß vor können. Cor tester Sohn jedoch für der rischen und ar richteten Red Sicherheit de sei in der L daher er auch und nur Der lassen würden Lordlieutenant Kenntnisse und ner protestant der Lordlieute ausfäenden P gierung daran Nothfälle zu Irland von m gewöhnlichen icht nicht üb Irland unab corps gebildet Bürgerkriegs. nicht von die seinen wohlge sehr nachtheil eine sehr schw zweifelhafte B andern die B von Seiten d herren und K sehe in täglich könne sich abe Maßregeln jet eintreten, so n selben beim P derung der S

Gegenstand, über welchen der edle Lord anzeigte, daß er eine Anfrage an mich richten würde, betraf „den von der britischen Regierung in Folge des Einrückens der piemontesischen Truppen in die Lombardei eingehaltenen Weg.“ Das waren die Worte meines edlen Freundes. Ich bin augenblicklich nicht vorbereitet, irgend einen besondern Weg anzugeben, den im Betreff dieser Angelegenheit zu betreten die Absicht von Ihr. Maj. Regierung ist. Allein ich vermag auszusprechen und freue mich dazu eine Gelegenheit zu haben, daß, wenngleich es ganz unmöglich ist, daß bei der Regierung irgend eine Anfrage von Oesterreich eingegangen sein könnte über diese Frage seit dem Einrückens piemontesischer Truppen in die Lombardei, und obgleich der edle Lord sehr wohl weiß, daß dieses Land nicht durch irgend einen Vertrag verbunden ist, der österreichischen Macht bei Verteidigung der Lombardei, wenn sie angegriffen wird, beizustehen; daß also, obgleich von keiner Verpflichtung gebunden, Ihr. Maj. Regierung es für recht hielt, ihren Minister zu instruiren, die Hoffnung und ihr Vertrauen auszusprechen, daß bei dem gegenwärtigen beunruhigenden und aufgeregten Zustand aller Länder in jenem Theile der Welt Se. Maj. dem König von Sardinien gerathen werden möge, eine vollständige Neutralität zu bewahren. (Hört! hört!) Das ist der Rath von Ihr. Maj. Ministern gewesen. Er ist wiederholt ertheilt worden, und mir nicht kommt es zu, zu sagen, inwieweit dieser Rath einen Einfluß auf Verzögerung der Schritte gehabt hat, welche sich begeben haben und welche hauptsächlich nur stattfanden, als es höchst unwahrscheinlich erschien, daß die österreichische Regierung im Stande sein würde, sich in der Lombardei zu behaupten. Kein Zweifel kann jedoch sein, daß bei dem gegenwärtigen Zustand im Mailändischen der König von Sardinien sich für berechtigt hielt, in dieses Gebiet einzurücken. Das ist der jetzige factische Zustand. Ganz und gar nicht vorbereitet bin ich, zu sagen, ob in dem Falle, daß Oesterreich nicht im Stande wäre, seinen Besitz der Lombardei zu behaupten, daß es dann geeignet oder zum allgemeinen Vortheil Europas sein würde, wenn der König von Sardinien sich zum Herrn jenes Landes machen sollte; allein ich darf zuversichtlich sagen, daß der Schritt nicht nur ohne Mitwirkung, sondern gegen den Rath der britischen Regierung erfolgt ist und den von hier aus unserm Repräsentanten übersendeten Instructionen entgegen, welche Instructionen dem österreichischen Minister am hiesigen Hofe vorgelegt worden sind und mit deren Inhalt er sich völlig zufrieden erklärte. (Hört!)

Im Unterhause ging gestern eine von vielen Arbeitern unterzeichnete Bittschrift gegen die Factorei- und Zehnstundenbill ein, deren bisherige Wirksamkeit sie bereits in ihrem Verdienste geschmäleret habe und die sie, wenn vom 1. Mai an die zehnstündige Arbeitszeit eintreten werde, noch mehr zu benachtheiligen bedrohe. Sir R. Inglis legte mehre Bittschriften gegen die Bill über Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Rom vor. Auf eine Anfrage sprach der Präsident des Handelsamtes, Hr. Labouchere, in Hinsicht der Vorlagen über Aufhebung oder Abänderung der Navigationsgesetze aus, daß vor Ostern schwerlich etwas in dieser Frage werde geschehen können. Lord Jocelyn, Unterhausmitglied für Lynn Regis und ältester Sohn des toryistischen Earl of Roden, auch selbst conservativ, jedoch für den Freihandel, brachte mit großer Entrüstung die verrätherischen und auf den Umsturz der Regierung Ihrer Maj. in Irland gerichteten Reden verschiedener irischen Persönlichkeiten zur Sprache. Die Sicherheit der Krone ruhe nun zwar nicht auf Bayonneten, sondern sei in der Loyalität und Anhänglichkeit der Unterthanen begründet, daher er auch für die Krone keine Gefahr von jenen Reden besorge und nur Derjenigen wegen, die sich davon täuschen und irre führen lassen würden, sich Sorge. Ein Glück sei es, daß Irland jetzt einen Lordlieutenant habe, dem es gelänge, die Männer aller religiösen Bekenntnisse und politischen Parteien um sich zu vereinigen. Im Namen seiner protestantischen und katholischen Mitbürger frage er daher an, ob der Lordlieutenant hinreichende Machtvollkommenheit besitze, jene Unheilsausfüßenden Personen zum Schweigen zu bringen, und ob etwa die Regierung daran denke, den Lordlieutenant mit erweiterter Vollmacht für Nothfälle zu versehen. Lord J. Russell erwiderte, daß allerdings in Irland von manchen Seiten eine Sprache geführt worden sei, die in gewöhnlichen Zeiten zwar nicht beachtet zu werden brauche, leider aber jetzt nicht übersehen werden könne. Man habe laut ausgesprochen, Irland unabhängig von der Krone zu machen, und Schützen-corps gebildet, Lanzen fabricirt, mit dem unverhohlenen Zwecke des Bürgerkriegs. Wirkliche Gefahr für die Krone besorge auch er nicht von diesen Dingen, die gleichwol dem Frieden Irlands und seinen wohlgestimmten Bewohnern, seinem Handel und seinem Verkehr sehr nachtheilig werden könnten. Der Lordlieutenant habe offenbar eine sehr schwierige Stellung; während er auf der einen Seite ungewisse Vorbereitungen zum Aufstande sehe, empfangt er von der andern die Versicherung der loyalsten und zuverlässigsten Unterstützung von Seiten der einflussreichsten Katholiken wie Protestanten, von Gutsherren und Kaufleuten und aus allen Theilen Irlands. Die Regierung stehe in täglichem Wechsel von Mittheilungen mit dem Lordlieutenant, könne sich aber wegen etwa noch nöthig scheinender außerordentlicher Maßregeln jetzt nicht erklären. Sollte die Nothwendigkeit von solchen eintreten, so werde die Regierung es auch für ihre Pflicht halten, dieselben beim Parlament zu beantragen. Die Frage wegen der Veränderung der Schiffahrtsgesetze wurde von neuem zur Sprache gebracht

und nach einer kurzen Verhandlung sagte der Premierminister, wie er noch vor Ostern einen Tag für diese Angelegenheit ermitteln oder denselben angeben zu können hoffe, welcher Art die Absichten der Regierung darüber seien. Die Bill wegen vollständiger Befreiung der Juden von den ihnen noch aufliegenden Beschränkungen in bürgerlicher und politischer Hinsicht ward dann im Comité berathen und passirte dasselbe.

— In London hat die Antwort, welche Hr. Lamartine im Namen der provisorischen Regierung den irischen Deputationen gegeben, (siehe die gestrige Beilage) sehr befriedigt, und selbst an der Börse einigen Einfluß geäußert.

— Die von Lissabon gekommene Flotte unter Sir Charles Napier lag am 30. März noch im Hafen von Cork; sie war durch das Linienschiff Prince Regent verstärkt worden. Von Befehlen zum Auslaufen erfährt man nichts. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß der bedenkliche Zustand von Irland die Flotte noch eine Zeit lang an der irischen Küste zurückhalten wird.

— Von Hongkong wird gemeldet, daß am 20. Jan., wenn bis dahin die von Sir John Davis verlangte Genugthuung für Ermordung der sechs Engländer nicht werde bewilligt sein, die Blockade von Kanton beginnen solle.

— Das britische Paddeschiff Seagull hat aus Rio Janeiro vom 10. Febr. die Nachricht vom angeblichen Rücktritte des brasilischen Ministeriums mitgebracht. Da der Kaiser in den Provinzen auf Reisen war, wußte man nichts Bestimmtes über die Sache.

### Griechenland.

\*\* Athen, 26. März. Auch hier hat eine Ministerkrisis und ein Ministerwechsel stattgefunden. Das Ministerium Tzavellas gab, in Folge einer Senatssitzung, worin verschiedene Ausgaben des Ministeriums des Innern, die sich im Budget von 1847 fanden, von einer großen Mehrheit als ungesetzlich und nicht zu rechtfertigen verworfen wurden, in corpore seine Entlassung. Am 18. März ließ der König die Senatoren Kondouriotis und Trikoupis rufen. Am 19. März berief er die Präsidenten beider Kammern, dann Hrn. Metaxas, später Hrn. Maurokordatos zu sich, aber es blieb bei bloßen Berathschlagungen und die Unruhe des Publicums wuchs mit jeder Stunde. Endlich am 20. März ward bekannt, daß Kondouriotis den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, angenommen habe. Es wird ohne Zweifel nicht lange dauern, denn die Ersetzung des Tzavellas durch Kondouriotis heißt nur eine Nullität an die Stelle einer andern setzen, und der Unmuth des Volkes ist so groß, daß nur die Gegenwart einer starken Truppenmacht seinen Ausbruch verhindert hat.

Folgende Anrede hielt der neue Minister gestern an beide Kammern: Indem wir die Leitung der Geschäfte unter den gegenwärtigen Umständen übernehmen, glauben wir dadurch den größten Beweis unserer Hingebung an das Vaterland und den Thron geliefert zu haben. Ja, meine Herren, wir zögern nicht, es offen auszusprechen, daß kein anderes Motiv uns bewogen hat, diese Bürde zu übernehmen, unter deren Gewicht wir erdrückt werden würden, wenn nicht Ihre Vaterlandsliebe und die öffentliche Meinung uns ihren Beistand in der Erfüllung der eben so unangenehm als schwierigen Aufgabe der Regierung gewähren. Erlauben Sie uns, meine Herren, das Bergangene mit dem Schleier des Stillschweigens zu bedecken; das Aufdecken desselben würde in diesen Zeiten nur schädlich sein. Aber dieses Schweigen kann sich nicht auf die Finanzen erstrecken, denn als constitutionelle Minister müssen wir den Kammern den wahren Stand unserer Finanzen um so eher vorlegen, als wir uns vielleicht in kurzem in der traurigen Nothwendigkeit befinden werden, uns an die Großmuth der drei Schutzmächte in Betreff der Nationalschuld zu wenden. Zu diesem Ende legen wir Ihnen eine Uebersicht unsers Finanzstandes vor. Das Ministerium, meine Herren, ist überzeugt, daß es der Sparsamkeit und unserm gemeinsamen Patriotismus gelingen wird, uns nicht den Uebeln verfallen zu lassen, die uns bedrohen, und daß die wohlthätigen Mächte, wie immer, ihre Gesinnungen für Griechenland bewahren werden, wenn sie erst die Rechtlichkeit des Weges erkennen, den wir zu befolgen gedenken. Meine Herren, unsere Grundsätze sind bekannt, und wir haben von Anfang an bewiesen, daß wir unsere Versprechungen in einer dem Vertrauen des Königs und der Erwartung der Nation entsprechenden Weise erfüllen werden. Das Ministerium zweifelt in keiner Weise, daß die Kammern, von denselben Gesinnungen belebt, es mit loyalen Beistand auf seinem Wege begleiten werden, dessen Ziel die Befestigung des Thrones und das Glück des Vaterlandes ist.

Wie viel demüthigende Geständnisse liegen in dem Allen in Betreff der zeitherigen Verwaltung und welchen Commentar liefert die Rede zu des Fürsten Metternich steter Behauptung: daß aus dem Systeme des Kolettis unfehlbar eine starke Regierung hervorgehen werde! — Den gewaltigen Eindruck, welchen hier die Nachricht von der Abdankung Ludwig Philipp's und der Errichtung der französischen Republik gemacht hat, kann man sich denken. Die ersten Zeitungen damit kamen uns über Malta zu und wurden laut in einem Kaffeehause vorgelesen. Als der Vorlesende am Schluß einer Proclamation zu den Worten kam: Es lebe die Republik! wiederholten einige junge Leute diese Worte, ohne Zweifel, um ihre Sympathie mit der französischen Nation aus-

zudrücken; aber am nächsten Morgen wurden sie von der Polizei wegen aufrührerischen Geschreis angeklagt; eine Verhaftungssucht der Behörden, die nicht bloß sehr thöricht, sondern auch im jetzigen Augenblicke sehr übel angebracht ist.

### **Vereinigte Staaten von Nordamerika.**

Mit einem Segelpacketschiffe sind aus **Neuyork** Nachrichten vom 15. März in England eingetroffen; das am 27. Febr. von Liverpool abgegangene Dampfschiff *Cambria* hatte am 15. März Neuyork noch nicht erreicht. Von Washington wird gemeldet, daß die Ratification des Friedens mit Mexico durch Kuriere nach der mexicanischen Hauptstadt expedirt worden sind, wo sie am 25. März bekannt werden konnte. Der Senat hat ferner die Anstellung Hrn. Sevier's als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Mexico bestätigt. In Boston hat eine große Feuersbrunst einen Schaden von 120,000 Doll. angerichtet.

— Vom Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß zwischen General Butler und dem mexicanischen Commissare ein zweimonatlicher Waffenstillstand vereinbart worden sei.

### **Neueste Nachrichten.**

\* **Dresden**, 9. April. Der Kriegsminister v. Holkendorff hat gestern seine Entlassung eingereicht.

o **Leipzig**, 9. April. Der deutsche Vaterlandsverein zu Leipzig hat in seiner am heutigen Tage stattgefundenen außerordentlichen Versammlung folgenden Beschluß gefaßt und zur Veröffentlichung zu bringen beschloffen:

In Betreff des Verfahrens bei den bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten zur deutschen, constituirenden Nationalversammlung erkennt der deutsche Vaterlandsverein zu Leipzig die am 1. April von dem Parlamente in Frankfurt festgestellten Grundsätze für die einzig richtigen an. — Nach den Beschlüssen des Parlaments ist, mit Aufhebung aller Unterschiede des Vermögens, des Standes, des Glaubensbekenntnisses, jeder Volljährige stimmberechtigt und ohne Unterschied auf den Staat, dem er angehört, wählbar. Die Wahlen sollen unmittelbar und je 50,000 Seelen von Einem Abgeordneten vertreten sein. — Der Vaterlandsverein spricht die Ueberzeugung aus, daß auch in Sachsen nur nach diesen Grundsätzen und unmittelbar, ohne die Dazwischenkunft von Wahlmännern, die Wahlen zu veranstalten sind. Er hegt das Vertrauen, daß im Interesse der deutschen Einheit unser Sachsen von der für ganz Deutschland aufgestellten Regel nicht abweichen wird. Er legt feierliche Verwahrung gegen alle Wahlen ein, die von den bestehenden Ständekammern ausgehen sollten, da diese Kammern, durch bevorrechtete Klassen einzelner Stände zusammengesetzt, nicht das gesammte Volk vertreten, dessen allgemeiner und wirklicher Wille auf der souverainen deutschen constituirenden Nationalversammlung ausgedrückt werden muß.

Rücksichtlich der Grundsätze, deren Befolgung nothwendig ist, und rücksichtlich der zur Wahl zu empfehlenden Volksmänner wird der Vaterlandsverein eine weitere Beschließung fassen. Leipzig, am 9. April 1848. Der provisorische Ausschuß des Vaterlandsvereins zu Leipzig.

**Hannover**, 8. April. In der heutigen Sitzung der I. Kammer erklärte der Präsident den Eintritt auf die Tribünen für völlig frei. Der Beschluß der II. Kammer wegen Vertretung der Landgemeinden bei Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ward einstimmig angenommen. — In der heutigen Sitzung der II. Kammer wurde die dritte Berathung des Tumultgesetzes vollendet. Darauf verlas der Abg. Lindemann die Antwort auf die Thronrede, welche einstimmige Annahme fand. (Hann. Z.)

**Kendsborg**, 7. April. Die Stadt Londern ist von den Dänen, nachdem sie daselbst einige Männer verhaftet und fortgeschleppt haben, sogleich wieder geräumt worden. — In unsern Briefen aus Schleswig-Holstein wird übereinstimmend das Gerücht von einem bevorstehenden Waffenstillstande gemeldet. — Die dänischen Kriegsdampfschiffe und Schooner *Agir*, *Geiser*, *Hecla*, *Galathea*, *Rajade* und *Mercurius* sind in See, können indessen nur eine geringe Anzahl Truppen mit sich führen. Fregatten oder gar Linienschiffe sind noch überall nicht ausgerüstet. (W. Z.)

**Bremen**, 8. April. Gestern Nachmittag um 2 Uhr rückte das erste Regiment der oldenburgischen Infanterie, 1200 M. stark, angeführt von dem Oberlieutenant Grafen v. Rankau, in unsere Stadt ein, eingeholt von dem Musikchor unsers Contingents, welches die Truppen unter dem Schalle des „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ nach dem Domshofe geleitete. Das Regiment blieb hier in Nachtquartier und hat heute seinen Marsch auf der Heerstraße nach Harburg fortgesetzt. Das nächste Nachtquartier wird in Ottersberg sein. Als Ziel des Marsches wird vorläufig Cutin bezeichnet. (W. Z.)

**Hamburg**, 7. April. An der heutigen Börse circulirte das indessen der Bestätigung sehr bedürftige Gerücht, daß vier deutsche Schiffe, darunter zwei hannoversche Fahrzeuge, von den Dänen aufgebracht seien. — Hier befinden sich seit etwa sieben Tagen neun gefangene dänische Offiziere, deren Quartier das holsteinische Haus ist; sie sind auf Ehrenwort gehalten, es nicht zu verlassen. (W. Z.)

**Madrid**, 31. März. Die Verhaftungen dauern fort; man nennt die H. Dlozaga, Antonio Sejas, Galvez Canero und Andere

unter den eingezogenen Personen. Hr. Salamanca soll mit Mehren bei der englischen Gesandtschaft verborgen sein. Die Ruhe hält an.

**Paris**, 6. April. Die provisorische Regierung hat decretirt, daß in Betracht der von allen Bürgern Opfer fordernden gebieterischen Nothwendigkeit vom 1. April an bis 31. Dec. alle Gehalte, Besoldungen, Pensionen und aus Staatsmitteln bezahlte Einkommen unter 2000 Fr. sowie beim activen Landheer und der Marine bis zum Bataillonschef und Corvettenkapitain einen verhältnismäßigen Abzug erleiden sollen. Von 2000 Fr. werden 4 Proc., von 3000 8 Proc., von 8000 Fr. 16 Proc., von 25,000 Fr. 30 Proc. gekürzt.

— General Tournemine ist zum Commandanten von Vincennes ernannt worden. — Die provisorische Regierung hat für die nicht bei Verkauf eingelöste Handelspapiere noch 14 Tage Gestattung decretirt. — Das Palais Royal, jetzt National, ist zur Aufnahme einer Legion mobiler Nationalgarde eingerichtet. Die Vergoldungen und Gemälde sind überall mit Bretern verkleidet worden. — Bei der heutigen Wahl der Obersten für die Legionen der pariser Nationalgarde hat Keiner eine entsprechende Mehrheit erlangt und die Wahl muß morgen erneuert werden.

— Der Maire von Paris, Armand Marrast, erinnert in der Verfassung, daß Arbeiter bei den heute beginnenden Wahlen zu Offizieren der Nationalgarde gewählt werden, daran, daß der Staat oder die Gemeinde diese Offiziere equipiren müsse. Er will nicht, daß zu diesem Zwecke Subscriptionen eröffnet werden.

— Aus **Strasburg** wird der Kölnischen Zeitung vom 4. April geschrieben: Uebermorgen trifft eine größere Colonne von Polen aus Paris hier ein. Dieselben werden sich jetzt ganz ruhig und ohne Waffen durch das deutsche Gebiet nach ihrer Heimat begeben. Hinsichtlich der zu erwartenden deutschen Legion sind Maßregeln ergriffen, daß die grenznachbarlichen Verhältnisse keine Störung erleiden. Die Grenzbehörden haben sich in Bezug auf diese Angelegenheit mit einander verständigt.

**London**, 5. April. Die heute Abend abzuschließende Vierteljahrsrechnung wird nach vorläufiger Mittheilung des Globe sehr befriedigend ausfallen. Bei dem Zolleinkommen ergibt sich vielleicht eine Verminderung im Vergleich mit dem entsprechenden vorjährigen Quartale, doch wird die Differenz in keinem Falle sehr beträchtlich sein. Bei der Acciseinnahme ist eine ansehnliche Zunahme vorhanden, die zum Theil von der Ueberweisung der Abgabe von den Miethwagen, die bisher an die Stempelnahme entrichtet wurde, herrührt. Wahrscheinlich wird in Folge dieser Ueberweisung eine Verminderung bei dem Stempelnahmen sich darstellen. Die Einkommensteuer, die Post und gemischten Einnahmen werden so ziemlich mit denen im ersten Quartal 1847 übereinstimmen. Im Ganzen wird eine Mehreinnahme von circa 400,000 Pf. St. herauskommen.

— Die westindische Post bringt die Nachricht, daß die Engländer an der Mosquito Küste bewaffnet eingeschritten sind und sich der Forts am Flusse Oregon nach einem Verluste von mehreren Todten und Verwundeten bemächtigt haben.

— In **Manchester** hat das angefehene und viel nach Ostindien handelnde Haus Birley, Corrie u. Comp. seine Zahlungen eingestellt. In London hat sich eine Gesellschaft zur Verproviantirung des Landes mit Schlachtvieh und andern Lebensmitteln gebildet. Die Börse war heute sehr ruhig. Consols 81 1/2.

— Das mit Baumwolle von **Montevideo** nach England befrachtet gewesene Schiff *Philomela* ist einen Monat nach der Abreise am 27. Jan. in offener See in Brand gerathen und 23 darauf befindlich gewesene Personen hatten sich nur in einem kleinen Boot retten können, mit dem sie 5 Tage umhertrieben, ehe sie, dem Tode nah, von einem Schiff aus Surinam aufgenommen wurden.

— In **Brüssel** sind am 5. April 37 Polen aus Paris angekommen, dabei der General Dembinski, der in Brüssel mit einigen Landesleuten zurückblieb, während die Uebrigen die Reise nach Deutschland fortsetzten.

Aus dem Haag, 6. April. Fürst Metternich mit Familie ist von Amsterdam hier angekommen und soll sich nach einigen Tagen nach London begeben wollen.

### **Handel und Industrie.**

**Fruchtpreise.** Leipzig, 6. April. Weizen 4 Thlr. 5 Ngr.; Roggen 2 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 2 Thlr. 5 Ngr.; Hafer 1 Thlr. 15 Ngr.; Kartoffeln 1 Thlr. 15 Ngr. Keisnig, 1. April. Weizen 4 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 2 Thlr. 27 1/2; Gerste 2 Thlr. 20 Ngr.; Hafer 1 Thlr. 17 1/2 Ngr. Zwickau, 4. April. Weizen 5 Thlr.; Roggen 3 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 2 Thlr. Berlin, 6. April. Weizen 2 Thlr. 5 Sgr.; Roggen 1 Thlr. 11 Sgr.; Gerste 1 Thlr. 6 Sgr.; Hafer 1 Thlr.; Kartoffeln 22 1/2 Sgr.

**Del.** \* Leipzig, 8. April. Mit Rübol bleibt das Geschäft so still, daß sich kaum ein Preis des Artikels angeben läßt; dasselbe dürfte wol 9 1/4 à 1 1/2 Thlr. anzunehmen sein.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Dien

Kelpt  
erscheint  
zu bezi  
Postamt  
w

Deuts

Die P

Krippig

Münch

Das

Arbeits

grenze

Witthel

Holste

v. Rin

nifest.

deroha

Rüsch

schuß.

Preuß

schon

Der W

gens.

schon.

Handel

Winf

\* Au

her, daß

mit Rech

Italien

flagen di

ein edles

die Stell

eine unv

füllung g

daß wir

sein. Ue

nem frem

der jetzt

gefügt.

Deutsche

theils du

theils wei

ten. Es

Parteien

tracht, al

fühlt sich

die Schu

abermals

rufen un

mag es d

Sicherheit

gen Verla

sich selbst

Geld an

fremdem

gekostet w

die gedieg

Kaiserma

das Alles

mit diesen

und Gede

gewordene

wäre es

fühlte. U

Wir

land einen

vorausge